Die schwierige Versöhnung

Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann,
Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.)





Freie Universität Bozen
Libera Università di Bolzano
Università Liedia de Bulsan

Die schwierige Versöhnung

Italien, Österreich und Südtirol im 20. Jahrhundert

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann,
Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.)



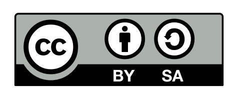


bu,press

Bozen-Bolzano University Press, 2020
Free University of Bozen-Bolzano
www.unibz.it/universitypress

Cover Design: DOC.bz / bu,press
Druck: Litotipografia Alcione, Lavis

ISBN 978-88-6046-172-8
E-ISBN 978-88-6046-173-5



Inhaltsverzeichnis

II SÜDTIROL 1918–2018: BARRIERE ODER BINDEGLIED ZWISCHEN ÖSTERREICH UND ITALIEN?

Vorwort

Der vorliegende Band ist das Ergebnis zweier internationaler Fachtagungen, die 2017 zur Bedeutung der Südtirolfrage für die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Italien sowie generell zu den über Südtirol hinausgehenden wechselseitigen Dynamiken im Verhältnis zwischen den beiden Staaten veranstaltet wurden. Die erste Tagung trug den Titel „Südtirol 1918–2018: Barriere oder Klammer zwischen Österreich und Italien?" und fand am 23. Februar 2017 in Rom statt. Veranstaltet wurde sie vom Österreichischen Historischen Institut in Rom in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Regionalgeschichte der Freien Universität Bozen. Die zweite Tagung, unter dem Titel „Politische Ideologien in Italien und Österreich im 20. Jahrhundert", wurde von der politikwissenschaftlichen Fakultät der Aldo Moro-Universität Bari gemeinsam mit dem Österreichischen Historischen Institut Rom organisiert und fand vom 3. bis 4. Mai 2017 in Bari statt.

Das Buch lehnt sich weitgehend an die thematische Struktur der beiden Tagungen an und gliedert sich in zwei Teile. Der erste enthält die Beiträge des Symposions in Bari, die einzelne Aspekte der Beziehungen zwischen Italien und Österreich im 20. Jahrhundert zum Inhalt haben: Ausgehend vom Ende der Donaumonarchie und der Entstehung der Republik Österreich bis zum österreichischen EU-Beitritt und den jüngsten Beispielen von bilateraler Kooperation wird ein weiter thematischer Bogen gespannt. Im zweiten Teil liegt das Augenmerk auf der Südtirolfrage als Leitmotiv im Dialog zwischen den beiden Staaten, aber auch als Auslöser und Katalysator von politischen Spannungen. Dieser Problemkreis kann nur durch seine Einbettung in den Kontext der bilateralen Beziehungen historiographisch korrekt bewertet werden. Dadurch werden auch die Rückwirkungen auf das österreichisch-italienische Verhältnis im 20. Jahrhundert weit über den engeren politischen Bereich hinaus deutlich. Dieser nicht immer freiwilligen intensiven historischen und politischen Verschränkung zwischen den beiden Nachbarländern kommt gerade im Hinblick auf ihre trotz aller Krisen positive Entwicklung im heutigen Europa ein besonderer Stellenwert zu.

Anhand der Geschichte des Grenzgebiets zwischen Österreich und Italien erschließt sich die gemeinsame Geschichte beider Länder im 20. Jahrhundert: In den ersten Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs standen auf der einen Seite die schwachen liberalen Regierungen Italiens, welche die neue Provinz verwalteten, auf der anderen Seite das kleine Österreich, das aus den Trümmern des Krieges entstanden war, ohne dass seine Bürger an den neuen Staat glaubten. Hinzu kam die dann vom faschistischen Regime geförderte Italianisierungspolitik, das später ein privilegiertes Verhältnis mit dem Austrofaschismus aufbaute. Es folgten der Krieg und die Erfahrung des Nationalsozialismus, dann der schwierige Wiederaufbau nach dem Krieg, das Gruber-De Gasperi-Abkommen sowie die durch den Staatsvertrag 1955 wiedererlangte vollkommene Souveränität Österreichs, die auch einen Einschnitt in der Südtirolfrage markiert. Lange Verhandlungen und ein Wechselspiel aus verhärteten Fronten und Annährungsversuchen führten zum zweiten Autonomiestatut von 1972 und – im Zeichen der neuen Qualität der bilateralen Beziehungen – zum ersten Besuch eines österreichischen Staatsoberhaupts in der italienischen Hauptstadt. 1992 erfolgte die Streitbeilegungserklärung Österreichs vor den Vereinten Nationen und die Unterstützung Italiens für den EU-Beitritt Österreichs. Die Zusammenarbeit der letzten Jahrzehnte war durch eine neue Qualität der bilateralen und internationalen Kooperation sowie auf regionaler Ebene durch die Gründung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gekennzeichnet.

Die Veröffentlichung der Beiträge der beiden geschichtswissenschaftlichen Tagungen in Rom und Bari ist eine Chance, den historiographischen Dialog zwischen Rom und Wien ausgehend vom aktuellen Forschungsstand wiederaufzunehmen und bietet einen Ansatz für neue Forschungsprojekte und Problemstellungen. Ein herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden, die zur Organisation der beiden Tagungen beigetragen haben, und allen voran den Autorinnen und Autoren der in diesem Buch präsentierten Beiträge sowie der Übersetzerin Annamaria Celeste, die, unterstützt von Melanie Panettieri und Jana Beck, die schwierige Aufgabe übernommen hat, die italienischen Beiträge ins Deutsche zu übertragen.

Andrea Di Michele, Andreas Gottsmann, Luciano Monzali, Karlo Ruzicic-Kessler

Italien und die Südtirolfrage von De Gasperi bis Moro[1]

FEDERICO SCARANO
Università degli Studi della Campania Luigi Vanvitelli

1. Die Südtirolfrage am Ende des Zweiten Weltkrieges: das Gruber-De-Gasperi-Abkommen

Das Gruber-De Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 war vielleicht das am meisten behandelte und diskutierte Thema der äußerst komplexen Südtirol-Thematik, die viele Kontroversen nicht nur historischer, sondern auch politischer und juristischer Natur auslöste. Es wurde noch viel häufiger diskutiert als die umstrittene Südtiroler Option von 1939[2].

---

1 Dieser Aufsatz gründet zum Teil auf den folgenden Beiträgen des Autors, die in den Erläuterungen genannt werden: Federico Scarano, Aldo Moro e la soluzione della questione sudtirolese, in: Aldo Moro. Una vita, un Paese. Aldo Moro e l'Italia del Novecento, hrsg. von Renato Moro und Daniele Mezzana (Rom 2014) 511–532; Ders., Le origini della Commissione dei 19 e il suo significato, in: Dialogo vince violenza. La questione del Trentino Alto Adige/Südtirol nel contesto internazionale, hrsg. von Günther Pallaver und Giovanni Bernardini (Bologna 2015) 233–270; Ders., La diplomazia italiana e il difficile rapporto con Bruno Kreisky sul problema sudtirolese, in: Bruno Kreisky und die Südtirolfrage, hrsg. von Gustav Pfeifer und Maria Steiner (Bozen 2016) 55–86; Ders., Italia e mondo tedesco nell'epoca di Adenauer. Il problema sudtirolese e il ruolo di Antonio Segni (Napoli 2012); Ders., Antonio Segni und Deutschland in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. von Michael Gehler und Maddalena Guiotto (Köln–Wien 2012) 151–172; Ders., Il dibattito storiografico sulla recente storiografia in lingua tedesca relativa alla questione dell'Alto Adige – Sudtirolo, in: Forschung zu Ehren von Mariella Serra, hrsg. von Maria Corona Corrias (Napoli 2007).

2 Die dazugehörenden italienischen diplomatischen Dokumente wurden in den Documenti Diplomatici Italiani (im Folgenden DDI genannt) X Serie, Bde. II–VII (Roma 1992–2000) veröffentlicht; viele österreichische Dokumente befinden sich in: L'accordo Degasperi-Gruber nei documenti diplomatici italiani ed austriaci / Gruber-De Gasperi-Abkommen anhand italienischer und österreichischer Dokumente, hrsg. von Enrico Serra (Trento 1988); vor allem im bedeutenden Werk von Michael Gehler: Verspielte Selbstbestimmung. Die Südtirol-

Nach dem Ende des Faschismus und des Waffenstillstands erklärte Italien am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg und erhielt von den Alliierten somit den Status eines „mitkriegführenden Landes" (*cobelligerante*). Die italienischen Streitkräfte haben nur wenig zum Kriegsgeschehen beigetragen. Vor allem angesichts der starken Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung (die Ausdruck der Widerstandsbewegung des „Comitato di Liberazione Nazionale" – Komitee der nationalen Befreiung, CLN – waren) und gegen den kollaborierenden Faschismus der Republik von Salò meinte die italienische Regierung, dass sich Italien auf diese Weise der durch das faschistische Regime auferlegten Kriegsverantwortlichkeiten entziehen könne. Man hoffte, alle präfaschistischen Kolonien und neben Südtirol alle Gebiete, die zum Großteil von Italienern bewohnt waren, behalten zu dürfen. Groß war die Enttäuschung und die Sorge hinsichtlich der Forderungen der Siegermächte: Titos Jugoslawien, das stark von der UdSSR unterstützt wurde, forderte ganz Julisch Venetien einschließlich Triests. Großbritannien ver-

frage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation (= Schlern-Schriften 302, Innsbruck 1996), hrsg. von Michael Gehler, in: Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958 (im Folgenden ASP 1945–1958), 2 Bde., I 1945–1947, II 1947, hrsg. von Michael Gehler (Innsbruck–Wien–Bozen 2011–2016). Des Weiteren hat Giovanni Bernardini die 77 Dokumente aus den französischen, amerikanischen und britischen diplomatischen Dokumenten und einige unveröffentlichte britische Dokumente publiziert: L'Accordo De Gasperi-Gruber. Una storia internazionale, hrsg. von Giovanni Bernardini (Trento 2016); Rolf Steininger veröffentlichte weitere österreichische Dokumente in seinem fundamentalen Werk über das Gruber-De Gasperi-Abkommen: Rolf Steininger, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2, Innsbruck 1987); und auch in: Ders., Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit. Dokumente (Innsbruck–Wien 1997). Maßgebend für den Zeitraum von 1959–1969 ist die von ihm herausgegebene Dokumentensammlung Akten zur Südtirolpolitik 1959–1969 (im Folgenden ASP 1959–1969 genannt), 7 Bde. (Innsbruck 2007–2013). Zum Abkommen zwischen De Gasperi und Gruber, siehe Steininger, Los von Rom?, angelehnt an eine gründliche Untersuchung der amerikanischen und britischen Dokumente sowie: Pietro Pastorelli, La politica estera italiana del dopoguerra (Bologna 1987). Die Thesen dieser beiden Autoren wurden heftig kritisiert, siehe Viktoria Stadlmayer, Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide Degasperi 1945/1946 (= Schlern Schriften 320, Innsbruck 2002). Ebenso nützlich, wenn auch in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre veröffentlicht, ist: Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige (Roma–Bari 1967) 249–421; Das Werk gilt als Antwort auf: Karl Heinz Ritschel, Diplomatie um Südtirol. Politische Hintergründe eines europäischen Versagens (Stuttgart 1966) 190–254. Für eine Beschreibung der Lage in Südtirol in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Domenico De Napoli, Altoatesini e Sudtirolesi. Una convivenza difficile (1945–1946) (= Collana di Saggi Storici 9, Roma 1996; Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946), hrsg. von Hans Heiss und Gustav Pfeifer (= Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 10, Innsbruck–Wien–München 2000); Dalla liberazione alla ricostruzione. Alto Adige/Südtirol (1945–1948), hrsg. von Giorgio Mezzalira, Fabrizio Miori, Giovanni Perez, Carlo Romeo (Bozen 2013).

langte die Abtretung der Kolonien und Frankreich geringe Anpassungen an der westlichen Grenze: im Besonderen La Brigue und Tende, zwei winzige Gemeinden mit nur 3.000 Einwohnern, die jedoch aus strategischer Sicht von großer Bedeutung waren. Im Mai 1945 besetzte Frankreich auch das Aostatal. Das französische Militär zeigte klar und deutlich seinen Willen, die Gemeinden zu annektieren, auch wenn Außenminister Bidault anderer Meinung war[3]. Mit Unterstützung der Alliierten forderte Griechenland die Inselgruppe des Dodekanes. Außerdem hätte Italien Reparationszahlungen leisten und eine starke Einschränkung der eigenen Streitkräfte akzeptieren müssen. Die hochrangigen Vertreter Italiens bei den Siegermächten versendeten äußerst beunruhigende Nachrichten. Bereits am 1. Juni 1945 teilte der italienische Außenminister Alcide De Gasperi dem politischen Vertreter Frankreichs in Italien, Maurice Couve du Murville, seinen Willen mit, alle sprachlichen Minderheiten mit einem gültigen Status auszustatten: nicht nur jene des Aostatals, sondern auch die österreichischen Minderheiten in Südtirol sowie die slawischen in Julisch-Venetien[4]. In der Unterhaltung brachte De Gasperi jedoch vor allem seine Besorgnis über das Schicksal von Triest zum Ausdruck, das damals von Titos Armee besetzt war, erst am 12. Juni 1945 von dieser geräumt wurde und dem italienischen Volk besonders wichtig erschien. Auf Druck der Amerikaner und Engländer zog die französische Regierung am 11. Juni 1945 ihre Truppen aus dem Aostatal zurück[5]. General Charles de Gaulle, französischer Ministerpräsident und Anführer der französischen Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Besatzung, teilte Giuseppe Saragat, dem politischen Vertreter Italiens in Frankreich, am 17. Juli mit, dass Frankreich keinerlei Interesse daran hege, das Aostatal zu annektieren, man jedoch La Brigue und Tende fordere[6]. Um sich den Siegermächten in einem guten Licht zu präsentieren, verkündete der Ministerrat der italienischen Regierung am 11. Juli 1945 die geplanten Maßnahmen, um den Interessen der nicht italienischsprachigen Bevölkerungsgruppen im eigenen Land entgegenzukommen. Dieser Ankündigung folgte eine Verpflichtung zur Autonomie für das Aostatal. Wie Außenminister De Gasperi dem amerikanischen

---

3 DDI, X Serie, II, Doc. 227, 318–321.

4 Bernardini, L'Accordo De Gasperi-Gruber Doc. 2.

5 DDI, X Serie, II, Doc. 254, 349.

6 Ebd. Doc. 346, 465.

Botschafter in Rom, Alexander Kirk, mitteilte, bezog sich diese Erklärung auch auf die deutschsprachigen und slawischen Minderheiten[7].

De Gasperi, Hauptakteur der italienischen Politik von 1945 bis 1953, war wahrscheinlich jener italienische Politiker, der die Südtirol-Problematik am besten kannte, und das seit seiner Zeit als Führer der katholischen Trentiner Volkspartei im österreichischen Reichsrat. Damals war er noch unter seinem eigentlichen Nachnamen Degasperi aufgetreten. Nach seinem Philosophiestudium an der Universität Wien war er zunächst Abgeordneter im Tiroler Landtag in Innsbruck und dann von 1911 bis 1918 Mitglied im Wiener Reichsrat gewesen, wo er immer wieder vor der pangermanistischen Propaganda im Trentino warnte. Gleichzeitig betonte er aber auch noch nach 1945, dass er 1919 gegen die Annexion des deutschsprachigen Südtirol durch Italien gewesen war[8].

Wie Paolo Pombeni feststellte, hatte die Außenpolitik für den Trentiner Politiker eine zentrale Bedeutung[9]. Österreich hoffte zunächst, dass De Gasperi aufgrund seiner Vergangenheit den österreichischen Wünschen offen gegenüberstehen würde. Eduard Reut-Nicolussi, Professor für internationales Recht an der Universität Innsbruck und Katholik, der wegen des Faschismus aus Südtirol fliehen musste, war ab 1919 der vehementeste Verfechter des Selbstbestimmungsrechts Südtirols[10]. Er hatte De Gasperi bereits vor dem Ers-

7 Ebd. Doc. 342 457.

8 Umberto Corsini, Alcide Degasperi e i tedeschi dell'Alto Adige, in: Clio 29/1 (1993) 97–143, hier 120–121; Toscano, Storia diplomatica 55 f.; DDI, X Serie, IV, Doc. 261 313. De Gasperi, der bekanntlich von den Faschisten verfolgt wurde, wurde von ihnen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg beschuldigt, und später auch von den Sozial-Kommunisten nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung 1947, ein „austriacante" zu sein. Siehe das Werk des sozialistischen Publizisten Gino Valori, der den Anschuldigungen gegen De Gasperi in einen wissenschaftlichen und ordnungsgemäßen Rahmen betten wollte: Degasperi al parlamento austriaco 1911–1918 – I discorsi alla Camera – La polemica con Battisti – I colloqui con Benedetto XV (= Testimonianze del Tempo n. 3, Florenz 1953), hrsg. von Gino Valori. Im Anhang dieses Buches befinden sich die deutschsprachigen Originale der wichtigsten Texte. Siehe auch Paolo Pombeni, Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico (Bologna 2007) 285. Über De Gasperi im Habsburgerreich und zu seinen Ideen: Umberto Corsini, Il colloquio Degasperi–Sonnino (Trento 1975); Piero Craveri, De Gasperi (Bologna 2006) 15–58; Michael Völkl, Das Deutschenbild Alcide De Gasperis (1881–1954). Ein Beitrag zur Geschichte der italienischen Deutschenwahrnehmung (München 2004) 34–144.

9 Paolo Pombeni, La storia, le circostanze e le leggi della politica. Qualche considerazione sul saggio di Michael Gehler, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 30 (2004) 459.

10 Zu Reut-Nicolussi existiert ein wichtiges Werk von Michael Gehler das neben einer Biografie, fast tausend Dokumente veröffentlicht, die zum Großteil aus dem privaten Archiv des Tiroler Patrioten stammen: Michael Gehler, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfra-

ten Weltkrieg kennengelernt und bestätigte 1921 dessen ablehnende Haltung gegenüber der Annexion Südtirols. Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte De Gasperi vergebens, in den von Italien neu annektierten Provinzen und vor allem in den Gemeinden die Autonomie, die sie im Kaisertum Österreich genossen hatten, zu erhalten[11]. Noch viele Jahre später, im Jahr 1957, beschrieb Reut-Nicolussi De Gasperi als einen Politiker, der im Habsburgerreich mit großem Geschick und mit Hartnäckigkeit die Interessen des Trentino gegenüber den deutschen Tirolern vertrat – und das mit einer fast supranationalen Objektivität[12].

Am 8. August 1945 schrieb Reut-Nicolussi in der renommierten Berner Tageszeitung „Der Bund“ einen offenen Brief an De Gasperi, den er in deutscher und italienischer Sprache verfasste und der den Titel „Appell zur Versöhnung“ trug. In seinem Brief erinnerte Nicolussi an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als sie beide Abgeordnete im Parlament in Rom waren: De Gasperi als Abgeordneter für Trient und Reut für Bozen. Beide kämpften gegen den Faschismus und wurden dafür verfolgt. Basierend auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Demokratie und mit der größten Achtung der Rechte, die der italienischen Minderheit in Südtirol zuteilwerden konnte, kam Nicolussi, nachdem er am Anfang die Worte „Verbrüdert in der Gerechtigkeit“ zitierte, die als Inschrift auf dem Dante-Denkmal in Trient zu finden sind und an die Unterdrückung durch die Faschisten erinnern, zu dem Schluss, dass De Gasperi mit der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol Italien den wohl größten Sieg bescheren und somit *diese schmerzende Wunde auf dem gequälten Körper unseres Kontinents für immer schließen würde*[13].

---

ge 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols, Teil 1, Biographie und Darstellung; Teil 2, Dokumentenedition vorwiegend aus dem Nachlass (= Schlern Schriften 333/2, Innsbruck 2007).

11 Umberto Corsini, Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'Accordo De Gasperi-Gruber (Trento 1994) 397–402; Ders., Il colloquio 108 ff.; Craveri, De Gasperi 59–65.

12 Michael Gehler, Eduard Reut-Nicolussi I 46 f., II Doc. 901 1412. Viktoria Stadlmayr meint sogar, dass er – hätte es den Ersten Weltkrieg nicht gegeben – angesichts seiner politischen Position und seiner engen Verbindungen zur österreichischen christlichsozialen Partei vermutlich ein äußerst konservativer österreichischer Bildungsminister geworden wäre: Stadlmayr, Kein Kleingeld 249.

13 Text in Reut-Nicolussi, II, Doc. 525 840; auch in: Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 9 134–135; Michael Gehler, Im Spannungsfeld zwischen Region, Nation und Europa.

Der Sozialist und Bundeskanzler Karl Renner schrieb am 19. Dezember 1945 – einen Tag vor seiner Ernennung zum Bundespräsidenten – an De Gasperi, der zu diesem Zeitpunkt gerade neun Tage italienischer Ministerpräsident war. Renner erinnerte an die gemeinsame Zeit als Abgeordneter im österreichischen Parlament und gab der Hoffnung Ausdruck, dass dies trotz aller Konflikte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen werde[14].

De Gasperi ging auf den Appell Reut-Nicolussis nicht ein, schrieb aber am 17. Jänner an Renner und bezog sich ebenfalls auf seine Erinnerungen an die Zeit in Wien[15]. Gegenüber dem Diplomaten Maurilio Coppini betonte Renner, dass die österreichische Regierung fest entschlossen sei, mit Italien enge und freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Voraussetzung dafür sei jedoch die Lösung der Südtirolfrage[16].

Zu Kriegsende waren sowohl Südtirol als auch Tirol von US-Truppen besetzt worden, die von der italienischsprachigen Bevölkerung[17] als Befreier willkommen geheißen wurden. Nach ihnen erreichten Mitglieder der Fallschirmjäger-Division Folgore das Territorium, die harsche Unterdrückungsmaßnahmen durchführten, was von den Carabinieri in ihren Berichten kritisiert wurde. Die Folgore wurde nach wenigen Monaten wieder versetzt[18].
Die deutschen Truppen, die sich auf dem Rückzug befanden, waren für einige Massaker, die sich in den letzten Tagen des Krieges ereigneten und für den Tod von circa 40 Italienern[19] verantwortlich. Am 15. Mai 1945 wurden fünf Südtiroler in Gröden, die dem Nationalsozialismus[20] besonders wohlwollend gesinnt waren, von italienischen Partisanen aus der Provinz Belluno entführt und dann brutal ermordet. Vermutlich war es den amerikanischen Besatzungstruppen zu verdanken, dass es in Südtirol zu keiner blutigen Ab-

---

Alcide De Gasperi, Südtirol, das Trentino und Österreich (1945–1954), in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento – Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 30 (2004) 407–434.

14 DDI, X Serie, III, Doc. 26 32.

15 Ebd. Doc. 170 226

16 Ebd.

17 Hans Heiss, Gustav Pfeifer, Einleitung, in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 10.

18 De Napoli, Altoatesini 41 f.

19 Toscano, Storia diplomatica 239.

20 Gerald Steinacker, Nichts vergessen nur verschwiegen. Das Massaker von Gröden 1945 und die OSS-Mission „Tacoma", in: Geschichte und Region / Storia e regione 6 (1997) 163–194.

rechnung mit Faschisten, Nazis oder schlichtweg mit persönlichen oder ideologischen Feinden kam, wie das in Norditalien zu Kriegsende mehrfach geschah[21].

Der Großteil der Italiener in Südtirol hoffte, dass die Südtiroler, die für Deutschland optiert hatten, ausgewiesen werden würden – auch die in der Provinz stationierten italienischen Soldaten teilten diese Ansicht. Die Mehrheit der christdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Provinzialpolitiker versuchte dies jedoch zu verhindern[22].

Am 8. Mai 1945 wurde in Bozen die Südtiroler Volkspartei (SVP) gegründet, angeführt von Erich Amonn, der bis nach den Wahlen von 1948 im Amt blieb, und von Josef Raffeiner, der bis 1947 das Amt des Generalsekretärs bekleidete. Beide hatten sich 1939 für Italien entschieden. Dies taten sie jedoch nur, um sich gegen den Nationalsozialismus aufzulehnen und nicht, um ihre politische Zugehörigkeit zum italienischen Staat zu manifestieren. Raffeiner wurde nach dem 8. September 1943 von den Nazis ins Lager Reichenau deportiert[23]. Auch Hans Egarter, Leiter der Südtiroler Widerstandsbewegung, dem „Andreas-Hofer-Bund", zählte zu den Gründern der SVP, obwohl er keine führende Rolle und schon bald eine kritische Haltung ihr gegenüber einnahm. Eine äußerst bedeutende Persönlichkeit in der Partei und der Politik Südtirols war Kanonikus Michael Gamper. Obwohl er nie Mitglied der SVP war, wurde er zur Schlüsselfigur im Widerstand Südtirols gegen die Zwangs-Italianisierung während der faschistischen Periode, er sprach sich auch gegen die Option aus. Während der Besetzung durch die Nazis musste er daher untertauchen und konnte erst im Oktober 1945 nach Bozen zurückkehren[24]. Er übernahm die Leitung des größten Südtiroler Verlags, der katholischen „Athesia", sowie der größten Zeitungen des Landes, den „Volksboten"

---

21 Zur „Abrechnung" in Italien nach der Befreiung, siehe Hans Woller, Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 38, München 1996), und in italienischer Fassung: Ders., I conti con il fascismo. L'epurazione in Italia 1943–1948 (Bologna 1997). Über die Provinz Bozen siehe Andrea Di Michele, L'Alto Adige e i problemi della „doppia" epurazione, in: Mezzalira, Miori, Perez, Romeo, Dalla liberazione alla ricostruzione.

22 De Napoli, Altoatesini 88.

23 Zu Raffeiner siehe Josef Raffeiner, Tagebücher 1945–1948, hrsg. von Wolfgang Raffeiner (Bozen 1998).

24 Zu Gamper siehe Rolf Steininger, Josef Gelmi, Eva Pfanzelter, Federico Scarano, Ein Leben für Südtirol: Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit (Bozen 2017).

und die „Dolomiten"[25]. Einen Kompromiss mit Italien lehnte er ab und kritisierte immer wieder die gemäßigte Führung von Amonn und Raffeiner. Mit ihm trat der gesamte Südtiroler Klerus für die Selbstbestimmung ein und auch der Fürstbischof von Brixen, Johannes Geisler, forderte eine Volksabstimmung[26]. Geisler war allerdings auch im Vatikan schlecht angeschrieben, weil er sich 1940 für die Option ausgesprochen hatte – entgegen der Meinung von 80 Prozent des Südtiroler Klerus.

Die Südtiroler Volkspartei war eine Sammelpartei, die, wenngleich katholisch gesinnt, alle Südtiroler Bevölkerungsgruppen, darunter die Optanten und die ehemaligen Nationalsozialisten, vereinen wollte. Ein bedeutender Kopf war Friedl Volgger, einer der wichtigsten Partner Gampers in der Südtiroler Widerstandsbewegung gegen die Option; er wurde von den Nationalsozialisten nach Dachau deportiert[27]. Das Parteiprogramm der SVP bestand lediglich aus drei Punkten, darunter die Selbstbestimmung Südtirols. Das hieß eine Volksabstimmung und die Rückkehr zu Österreich.[28].
Auch die französischen Besatzungstruppen unterstützten den Anspruch auf Landeseinheit[29]. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten schon während des Krieges die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs befürwortet, etwa der britische Außenminister Anthony Eden im März 1943[30]. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt unterhielt Kontakte zum österreichischen Thronfolger Otto Habsburg, einem strikten Gegner des Nationalsozialismus und des „Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich. Im Sommer 1945 wurden in Südtirol häufig Habsburger-Fahnen ge-

25 Für eine kurze und präzise Zusammenfassung siehe Rudolf Lill, Südtirol in der Zeit des Nationalismus (Konstanz 2002) 237–238.

26 Siehe Josef Gelmi, Die Südtiroler Kirche und das Ende des Zweiten Weltkrieges in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 141–151 und Ders., Fürstbischof Johannes Geisler (1882–1952). Eines der dramatischsten Kapitel der Südtiroler Geschichte (Brixen–Bressanone 2003).

27 Interessant sind auch die Memoiren, die seinen Einsatz für Südtirol vom Faschismus bis in die 1980er-Jahre beschreiben: Friedl Volgger, Mit Südtirol am Scheideweg, Erlebte Geschichte (Innsbruck 1984); in italienischer Fassung: Ders., Sudtirolo al bivio. Ricordi di vita vissuta (Bolzano 1985).

28 Ritschel, Diplomatie um Südtirol 204.

29 Siehe Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9, Innsbruck 1991).

30 Zitierte Dokumente in Pastorelli, La politica estera 11.

hisst[31]. Roosevelt hatte Otto und seinen Bruder Felix bereits am 7. März 1940 getroffen, dreimal traf er sich mit Zita, der letzten Kaiserin von Österreich, unter anderem am 11. September 1943 und am 15. September 1944[32]. Vor allem Frankreich und das Vereinigte Königreich hatten erkannt, dass die Auflösung des Habsburgerreiches 1918 und die Schaffung der Nachfolgestaaten mit zahlreichen unterdrückten ethnischen und konfessionellen Minderheiten ein Fehler gewesen war.

Karl Gruber, 36 Jahre jung, von 1945 bis 1953 österreichischer Außenminister, beherrschte die englische Sprache auf ausgezeichnetem Niveau[33]. Er war kein Diplomat, sondern ein Elektrotechnik-Ingenieur. Zum Landeshauptmann von Tirol und dann zum Außenminister von Österreich wurde er hauptsächlich aufgrund der Tatsache, dass er zu Kriegsende an der Spitze der Tiroler Widerstandsbewegung[34] stand. Wie Deutschland waren auch Österreich und seine Hauptstadt Wien in vier Besatzungszonen geteilt. Das ganze Land verfügte zwar nur über eine einzige Regierung, auf diplomatischer Ebene war es aber im Nachteil.

Wie sowohl Pietro Pastorelli als auch Rolf Steininger gezeigt haben, wurde bereits am 14. September 1945 in London im Rahmen der dritten Sitzung des Außenministerrats der Siegermächte von den Alliierten eine erste Entscheidung zugunsten Italiens getroffen. Aufgrund der Beschlüsse der Konferenz von Potsdam hatte dieses Gremium den Auftrag, über die Probleme hinsichtlich des Friedensvertrages Überlegungen anzustellen[35]. Laut Steininger gaben alle ihr Einverständnis, Südtirol nicht an Österreich zurückzugeben, auch wenn der britische Außenminister Ernest Bevin kleine Änderungsvorschläge vorbrachte[36], die jenen von Frankreich ähnelten. Auch Frankreich forderte leichte Grenzanpassungen wie die zwei kleinen Gebiete

---

31 De Napoli, Altoatesini 156.

32 Tamara Griesser-Pečar, Zita. Die Wahrheit über Europas letzte Kaiserin (Bergisch Gladbach 1992), 259, 266–268; Erich Feigl, Zita Kaserin und Königin (Wien–München5 1991) 407 f. Nützliche Informationen zu den Beziehungen mit Roosevelt siehe auch in: Gordon Brook-Shepherd, Zita die letzte Kaiserin. Biographie (Augsburg 1996) 357–399.

33 ASP 1945–1958 I, Doc 55.

34 Zu Gruber siehe seine Memoiren: Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich (Berlin 1953); Ders., Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen (Wien 1976); Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, ad indicem.

35 Pastorelli, La politica estera 21–25; Steininger, Los von Rom 21 ff.

36 Ebd. 23.

La Brigue und Tende. Nach Steininger erschien Südtirol noch das geringste Problem unter all den anderen, die ebenfalls zur Diskussion standen. Der endgültige Vorschlag wurde in weniger als einer Minute ohne Gegenrede angenommen[37]. Die westlichen Alliierten fürchteten nach der Ernennung der Regierung Renner durch die Sowjets im April 1945, dass Österreich in den Einflussbereich Moskaus fallen würde. Gruber war aber der Auffassung, dass Österreich ein Teil des Westens sein sollte. Er war ein strikter Gegner der Sowjetunion und des Kommunismus[38]. Hauptziel seiner Außenpolitik war die Durchsetzung einer Volksabstimmung in Südtirol.

Die UdSSR stand der erneuten Angliederung Südtirols an Österreich ablehnend gegenüber. Nach der schweren Niederlage der österreichischen kommunistischen Partei bei den Wahlen am 25. November 1945 und aufgrund der westlich orientierten Haltung Außenminister Grubers[39], lehnte die UdSSR auch kleine Änderungen an der italienisch-österreichischen Grenze ab. Am 1. Mai 1945 bestätigte die Außenministerkonferenz den Verbleib Südtirols bei Italien. Am 24. Juni 1946, noch vor dem offiziellen Beginn der Friedenskonferenz und obwohl Großbritannien die Forderungen Österreichs unterstützte, wurden auch die Vorschläge in Bezug auf geringere Anpassungen abgelehnt.

Am 30. Mai 1946 hatten Gruber und De Gasperi ihre Änderungswünsche vorgestellt. Gruber schlug die Wiederangliederung des Pustertals, des Eisacktals und der Stadt Brixen an Österreich vor, um die direkte Kommunikation zwischen Nord- und Osttirol wiederherzustellen – immerhin ein Gebiet mit 80.000 Einwohnern[40]. Der sowjetische Delegierte Andrej Vyšinskij sah darin keine kleine und unwichtige Änderung. Auch die SVP lehnte eine Aufteilung Südtirols ab, weil das die deutschsprachige Bevölkerung in eine Minderheitensituation gebracht hätte. Gruber sah dies aber als ersten Schritt zur Wiederangliederung von ganz Südtirol an Österreich an[41].

37 Ebd; Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck–Wien 1997) 220.

38 Gehler, Österreichs Außenpolitik I 90 f.

39 Gehler, Österreichs Außenpolitik 67–71.

40 DDI, Serie X, III 597.

41 Heiss, Pfeifer, Einleitung, in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 16.

Italien und De Gasperi wiesen die Alliierten darauf hin, dass sich die Lage in der Provinz Bozen im Vergleich zu 1919 drastisch verändert habe; 1945 war ein Drittel der Bevölkerung italienischsprachig. Während des Faschismus wurden dort Industriegebiete und Kraftwerke errichtet, die 13 Prozent des Stromes an die Industrie in Norditalien lieferten. Zudem hatte Italien ab dem 8. September 1943 gegen Nazideutschland gekämpft, wohingegen Österreich bis zum Schluss Teil Deutschlands war, abgesehen von der kurzen Widerstandsphase zu Kriegsende. Wie De Gasperi schließlich betonte, ist *eines unserer Hauptargumente, dass die Fremdstämmigen es 1939, als Italien noch neutral war, bevorzugten, Deutsche zu werden*[42]. In seinen Mitteilungen an die Alliierten haben De Gasperi sowie auch die von ihm angewiesenen diplomatischen Vertreter Italiens die Nähe der Südtiroler zum Nationalsozialismus mehrmals hervorgehoben. Als Beweis wurde die Tatsache angeführt, dass die überwältigende Mehrheit der Südtiroler die Option für das nationalsozialistische Deutschland wählten und sich viele der SS angeschlossen haben. Südtiroler und Österreicher, für welche die Option für das nationalsozialistische Deutschland kein Bekenntnis zum Nationalsozialismus war, sondern eine Verurteilung des italienischen faschistischen Regimes, wiesen die Anschuldigungen zurück und machten darauf aufmerksam, dass die Mehrheit der Südtiroler nicht aus freien Stücken der SS beigetreten sei. Zudem gab es eine Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus, den „Andreas-Hofer-Bund“[43]. Zu Kriegsende und während der unmittelbaren Nachkriegszeit war Südtirol für viele Naziverbrecher, die sich 1945 der Strafverfolgung entzogen, ein Fluchtweg nach Lateinamerika; unter ihnen auch Adolf Eichmann und Josef Mengele, die auf Hilfe vor Ort vertrauen konnten[44]. Die

42 DDI, X Serie, II, Doc. 378, 509. (Übers. d. Verf.)

43 Laut eines Berichts der SVP vom September/Oktober 1945 betrug die Anzahl jener Südtiroler, die der SS beigetreten sind, weniger als 4.000, davon aber nur 1.000 freiwillig. Fast alle traten der SS in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 bei und in den ersten Monaten des Jahres 1940: ASP 1945–1947, Doc. 31, 84 f. Die von Hans Egarter geleitete Südtiroler Widerstandsbewegung, der „Andreas-Hofer-Bund“, verlor 25 Männer, die von den Nazis getötet wurden, 166 wurden in Konzentrationslager deportiert und 277 Männer konnten flüchten und sich so dem Naziregime entziehen. Ein Teil kämpfte als Widerstandskämpfer. Trotz der begrenzten Anzahl der Personen hat laut Egarter kein anderes deutschsprachiges Gebiet so signifikant passiven oder aktiven Widerstand gegen das Hitlerregime geleistet. ASP 1945–1947, I Doc. 22, 87.

44 Gerald Steinacher, Nazi-Schlupfloch Südtirol (Innsbruck–Wien 2006); Ders., „Il Signor Mengele da Bolzano“. L’Alto Adige come via di fuga dei criminali nazisti 1945–1951 in:

Italiener beharrten auch auf der These, dass das neue demokratische Italien den Südtirolern all jene Rechte eingeräumt hätte, die sie während des Faschismus nicht hatten, neben anderem auch eine lokale Autonomie, wohingegen – wie auch De Gasperi anmerkte – in fast ganz Mittel- und Osteuropa germanische Bevölkerungsgruppen mit Gewalt aus Gebieten vertrieben wurden, in denen sie über Jahrhunderte gelebt hatten.

Die Südtiroler und Österreicher versuchten auf jegliche Art und Weise, die Alliierten von ihren Forderungen zu überzeugen, mit großen Veranstaltungen, unzähligen Denkschriften und Telegrammen wie jenes, das Gruber den Außenministern der vier Siegermächte Ende August 1945 schickte. Darin erklärte er, nicht an die Autonomie-Versprechungen Italiens für Südtirol zu glauben, denn diese wurden nach dem Ersten Weltkrieg bereits mehrmals geäußert, jedoch nie erfüllt[45]. Einige radikale Südtiroler verübten sogar Bombenanschläge. Ihr Ziel – so Leopold Steurer – war es, in Südtirol einen Bürgerkriegszustand zu erzeugen, der in völligem Widerspruch zur Politik der SVP stand[46]. Das erste Attentat wurde in der Nacht vom 20. auf 21. Februar 1946 um 00:45 Uhr verübt. Dabei wurde der Sockel des Andreas-Hofer-Denkmals in Meran mit Dynamit in die Luft gesprengt. Es handelte sich um eine Operation, die man heute als „false flag" bezeichnen würde, einem verübten Attentat, um die Italiener zu beschuldigen und Aufmerksamkeit auf die Südtirolfrage zu lenken.

Der Täter war Edmund Weber, ein Mitglied der österreichischen Volkspartei. Als Drahtzieher fungierte jedoch Ludwig Steiner[47], ein Mitglied der österreichischen Widerstandsbewegung und wichtiger späterer Diplomat, der von 1961 bis 1964 Staatssekretär im Außenministerium und viele Jahre Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei war. Die Südtiroler Volkspartei schickte De Gasperi ein Protesttelegramm. Gruber untersagte Gegenmaßnahmen[48], wie von den Briten empfohlen, die schon über den Vorfall informiert waren, der fälschlicherweise Italien zugeschrieben wurde.

Mezzalira, Miori, Perez, Romeo, Dalla liberazione alla ricostruzione 33–56.

45 ASP 1945–1958, I, Doc. 15 68.

46 Leopold Steurer, Südtirol 1943–1946. Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag in: Heiss, Pfeifer, Südtirol – Stunde Null? 80.

47 Hans Karl Peterlini, Feuernacht. Südtirol Bombenjahre Hintergründe, Schicksale, Bewertungen 1961–2011 (Bozen 2011) 21.

48 Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 61, 227 f., 595.

Reut-Nicolussi schien über das Attentat erfreut und war angeblich auch Aktionen gegen lästige italienische Beamte nicht abgeneigt[49]. Zwischen April und August 1946 kam es zu weiteren Anschlägen: am Bahnhof von Trient und Bozen, zwei weitere auf Hochspannungsleitungen, einer beim „Denkmal des italienischen Arbeiters" in Atzwang (Campodazzo), wohingegen eine mit 12 Kilogramm Dynamit geladene Bombe vor der Präfektur von Bozen[50] nicht explodierte. Laut Hans-Karl Peterlini besteht eine Verbindung zwischen diesen Attentaten und den schlimmeren, die in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre bis 1967 verübt wurden.

Eine mehrere Monate dauernde Unterschriftenaktion, bei der 158.628 Unterschriften von Südtirolern gesammelt wurden, gilt als die wichtigste und spektakulärste Aktion zur Wiederangliederung Südtirols an Österreich[51]. Die gesammelten Unterschriften wurden von Reut-Nicolussi am 22. April 1946, am Ostermontag, Bundeskanzler Leopold Figl übergeben. 34.851 dieser Unterschriften stammten von Südtirolern, die sich nach der Option noch in Österreich befanden. Rund 123.777 Unterschriften wurden in Südtirol im Geheimen gesammelt und vom Briten Edgeworth Murray Leslie über den Brenner gebracht, der damals Informant des amerikanischen Geheimdienstes OSS war und als Freund Südtirols galt[52].

Am 1. Mai lehnte die Außenministerkonferenz die Wiederangliederung Südtirols an Österreich ab. Dies löste bei den Südtirolern, wie Raffeiner erinnert, große Bestürzung aus, sogar ein bewaffneter Aufstand wurde erwogen. Volgger schlug hingegen vor, dass die gesamte Südtiroler Bevölkerung, angeführt von Bischof Geisler, bis zur Salurner Klause marschieren und dort in den Hungerstreik treten solle[53]. Raffeiner meinte allerdings, man müsse sich nun auf die Rückkehr der Optanten und die Wiedererlangung ihrer italienischen Staatsbürgerschaft konzentrieren, was den deutschsprachigen Süd-

49 Ebd. 228.

50 Peterlini, Feuernacht 23; Steurer, Südtirol 1943–1946, 80. Die Präfektur von Bozen hatte sogar den Verdacht, dass es in Südtirol eine terroristische Bewegung gibt, auch wenn dies vom Informationsbüro des Armeegeneralstabs dementiert wurde, siehe De Napoli, Altoatesini 135 f. 1947 kam es zu drei Bombenanschlägen. Für Peterlini waren die Attentäter eine kleine militante Gruppe, die keine Unterstützung von der Bevölkerung bekam, die jedoch über sehr gute politische Kontakte verfügte. Siehe Peterlini, Feuernacht 24.

51 Gehler, Verspielte Selbstbestimmung, Doc. 96, 271.

52 Zu Leslie siehe ebd. 38–51.

53 Raffeiner, Tagebücher 114.

tirolern die Mehrheit im Land sichern sollte[54]. Michael Gamper schrieb hingegen im „Volksboten“ und in den „Dolomiten“, dass die Südtirolfrage noch nicht verloren sei und sich das Blatt auf der Friedenskonferenz noch wenden könne. Kompromisse lehnte er ab, nur die Rückkehr zu Österreich werde der Südtiroler Bevölkerung das Überleben sichern, die Fremdherrschaft bedeute ihren Tod[55].

Nachdem auch die kleinen Grenzanpassungen abgelehnt worden waren, war aus Sicht Grubers eine durch den Friedensvertrag garantierte Autonomie Südtirols der einzig gangbare Weg. Die Briten meinten, dies sollte durch ein direktes Abkommen zwischen Italien und Österreich abgesichert werden. Amonn und Raffeiner trafen am 4. Juli 1946 mit Silvio Innocenti, dem Präfekten Bozens, zusammen und erklärten ihm, dass sie bereit wären, mit den italienischen Behörden zusammenzuarbeiten und über das Autonomieprojekt zu sprechen. Ferner zeigten sie ihm auf, dass der dritte Punkt des Parteiprogramms nicht mehr gültig sei[56]. Der Präfekt Bozens schickte De Gasperi demnach eine von Amonn und Raffeiner unterzeichnete Erklärung, laut derer die SVP den dritten Punkt seines Programms für ungültig erklärt hätte. Die Partei bemühte sich, die Spannungen in Südtirol zu beruhigen und bat die Regierung, die großzügigste Lösung hinsichtlich der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft für die Südtiroler Optanten zu gewähren. Die SVP war für eine Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden und mit Innocenti bereit, sie lehnte jedoch die Gründung einer autonomen Region Trentino-Südtirol ab. Innocenti meinte gegenüber De Gasperi allerdings, es sei nicht zu leugnen, dass die beiden Provinzen durch viele gemeinsame Interessen verbunden seien[57].

Bereits am 13. Juli wollte sich Gruber mit De Gasperi mithilfe des italienischen Geschäftsträgers in Wien, Roberto Gaja, treffen. Gruber wollte mit

54 Ebd. 115.

55 Steurer, Südtirol 1943–1946, 81.

56 Steininger, Los von Rom, Doc. 27 284 ff.; Raffeiner, Tagebücher 138.

57 DDI, X Serie, IV 59–60. Die Südtiroler haben daraufhin dieses Memorandum angefochten, das De Gasperi von Innocenti präsentiert. Sie behaupteten, dass es gefälscht war; dies scheint jedoch auch ein Bericht des britischen Konsuls in Bozen, K. R. Welbore Kerl, zu bestätigen. Amonn und Raffeiner informierten ihn am 8. Juli und fügten hinzu, dass eine internationale Garantie für die Einhaltung ihrer Rechte notwendig gewesen wäre. Steininger, Los von Rom 100–110, sowie Doc. 27, 284 f.

Italien eine Vereinbarung aushandeln, die den Weg für eine stabile freundschaftliche Beziehung und Zusammenarbeit[58] ebnen sollte. De Gasperi war damit einverstanden und ließ ihm ausrichten, dass er sich auf ein Treffen freue und für eine Zollunion zwischen Österreich und Italien[59] eintrete. Allerdings konnte er kurzfristig nicht nach Wien kommen, weshalb nun der Diplomat Carandini – Botschafter in Großbritannien – die Verhandlungen mit Gruber führte. Der von den Briten beeinflusste Carandini befürchtete, dass auf der am 29. Juli 1946 beginnenden Pariser Friedenskonferenz die Entscheidungen des Außenministerrats noch geändert werden könnten[60]. Großbritannien drängte auf ein direktes Abkommen zwischen Italien und Österreich, sodass sie von den deutschsprachigen Historikern als die wahren Förderer des Gruber-De Gasperi-Abkommens[61] gesehen werden. Nach den gut dokumentierten Verhandlungen, die auf Grundlage der „Documenti Diplomatici Italiani"[62] rekonstruiert werden können, wurde am 5. September 1946 um 17 Uhr in der italienischen Botschaft in Paris von den zwei Außenministern das sogenannte Gruber-De Gasperi-Abkommen unterzeichnet. Artikel 1 besagt:

Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils zugesichert. [...][63]. In Artikel 2 heißt es: *Der Bevölkerung der oben erwähnten Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gewährt werden. Der Rahmen für die Anwendung dieser Autonomiemaßnahmen wird in Beratung auch mit einheimischen deutschsprachigen Repräsentanten festgelegt werden.*[64]

Darüber hinaus verpflichtete sich die italienische Regierung durch das Abkommen, den deutschen Optanten die italienische Staatsbürgerschaft erneut

58 DDI, X Serie, IV, Doc. 2 9.

59 Toscano, Storia diplomatica 351.

60 DDI, X Serie, V, Doc. 101, 120–121; Toscano, Storia diplomatica 325 ff.

61 Steininger, Los von Rom 176; Steurer, Südtirol 1943–1946, 97.

62 DDI, X Serie, IV, ad indicem; Toscano, Storia diplomatica 329–421; Steininger, Los von Rom 110–149.

63 DDI, X Serie, IV, D. 258, 305. (Übers. d. Verf.)

64 DDI, X Serie, D. 258, 306. (Übers. d. Verf.)

zuzuerkennen. Artikel 10 des Friedensvertrages, der am 10. Februar 1947 unterzeichnet wurde, betrifft Österreich und Italien; dieser Artikel hält fest, dass sich Italien verpflichtet, ein Abkommen mit der österreichischen Regierung zu treffen, um den freien Personen- und Güterverkehr zwischen Nord- und Osttirol zu ermöglichen. Ferner erklärten die Siegermächte in diesem Artikel, die Bestimmungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens zur Kenntnis zu nehmen, die dem Friedensvertrag mit Italien im Anhang unter Punkt IV[65] beigefügt sind.

Das Abkommen wurde durch einen Briefwechsel zwischen De Gasperi und Gruber vervollständigt. De Gasperi bekräftigte, dass die italienische Regierung bereit war, die Vorschläge der österreichischen Regierung hinsichtlich der besten Lösung für den freien Personen- und Güterverkehr gemäß Artikel 10 bestmöglich umzusetzen. Gruber hoffte, dass das Abkommen der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche und freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und Italien sei. Er wünschte sich eine amikal gesinnte Nachbarschaft und internationale Zusammenarbeit. Gruber zeigte sich von De Gasperis Unvoreingenommenheit und Offenheit zutiefst beeindruckt, was sich positiv auf die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen auswirkte[66].

De Gasperi revidierte den Text des Abkommens mehrmals. Am 3. September äußerte er in Paris Carandini gegenüber seine Besorgnis und nahm einige Anpassungen am Text[67] vor. Der italienische Ministerpräsident musste auch die nationalistisch gesinnte öffentliche Meinung Italiens berücksichtigen, die nicht für ein Entgegenkommen war, sowie jene der italienischen Bevölkerung Bozens, die fürchtete, gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung benachteiligt zu werden. Für Italien implizierte das Abkommen den Verzicht Österreichs, seine Ansprüche auf Südtirol geltend zu machen. Dies war jedoch nicht explizit im Text festgehalten, was wiederum ein Erfolg für Gruber war, denn das wäre in Österreich und Südtirol kaum akzeptiert worden. Die Gründe De Gasperis und die Kritik wichtiger italienischer Politiker wurden im Rahmen eines Treffens deutlich, das der italienische Minister-

65 Ebd; Roman H. Rainero, Il Trattato di pace delle Nazioni Unite con l'Italia. Parigi, 10 febbraio 1947 (Bologna 1997) 353, 299 f.

66 DDI, X Serie, IV, Doc: 258, 306.

67 DDI, X Serie, IV, Doc. 251, 297.

präsident und vorläufige Außenminister mit der italienischen Delegation in Paris am Abend des 5. Septembers, nur kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens, hatte[68]. Botschafter Eugenio Reale, auf Anordnung der kommunistischen Partei nach Warschau entsandt, hatte eine heftige Auseinandersetzung mit De Gasperi: Er glaubte nicht, dass das Abkommen den Selbstbestimmungsbestrebungen[69] und Unruhen der Südtiroler ein Ende setzen werde. Er war auch gegen die Wiedergewährung der italienischen Staatsbürgerschaft an die Optanten. Auch der nach Brasilien entsandte Botschafter Augusto Martini war trotz Ratifizierung des Abkommens gegen dessen Aufnahme in den Friedensvertrag und somit auch gegen dessen Koppelung an eine internationale Garantie. De Gasperi vertrat jedoch die Ansicht, dass das Abkommen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Minderheitenfrage Italiens leiste und somit auch Vorbildwirkung habe[70]. Für eine Konfliktlösung sollten die Unruhen in Südtirol beendet werden, Österreich solle dem irredentistischen Postulat ein Ende setzen. De Gasperi war sich aber der Gefahr bewusst, dass der Konflikt in Zukunft wieder aufflammen könnte. Das Abkommen verurteilte die Politik des Faschismus und das „unnütze Streben der Politik nach der Zerstörung der Südtiroler Minderheit“[71]. Im Gegensatz zu Carandini sah De Gasperi im Abkommen zwar nicht die Voraussetzung, dass Südtirol bei Italien blieb, aber als notwendigen Schritt zur politischen Beruhigung, wobei ihm auch der moralische Aspekt wichtig war[72]. In Österreich wurde die Unterschrift Grubers als Scheitern angesehen, er wurde sogar mit dem Verräter Franz Raffl verglichen, der angeblich den Franzosen das Versteck des Tiroler Volkshelden Andreas Hofer verraten hatte. Am Innsbrucker Bahnhof wurde Gruber sogar Opfer eines Stockattentats.

Am 31. Januar 1948 wurde das erste Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol (Trentino-Tiroler Etschland) von der Verfassungsgebenden Ver-

68 Ebd., Doc. 261, 311. Fast das ganze Dokument wurde zum ersten Mal von Giulio Andreotti bekannt gemacht, der angab, es von seinen Notizen erstellt zu haben, siehe Giulio Andreotti, De Gasperi visto da vicino (Milano 1986) 108–112. Er war damals in Paris und bestätigte, bei der Sitzung anwesend gewesen zu sein, auch wenn sein Name nicht auf der Teilnehmerliste der DDI stand.

69 DDI, X Serie, IV, Doc. 261, 311.

70 Ebd.

71 Ebd. 312.

72 Ebd.

sammlung gebilligt. De Gasperi hatte die von der SVP geforderte Bezeichnung Trentino-Südtirol nicht akzeptiert. Am 2. Februar 1948 wurde das Statut als Verfassungsgesetz verankert[73]. Am selben Tag folgte das Dekret zur Revision der Option[74].

2. Von der Zusammenarbeit zum Konflikt (1948–1961)

Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien hatten sich nach dem Gruber-De Gasperi-Abkommen deutlich verbessert, auch die Wirtschaftsbeziehungen waren sehr eng. Beim Besuch Grubers in Rom im November 1948 – bei dem die Südtirol-Problematik ausgeklammert war –, wurde dies bestätigt[75]. De Gasperi kam, wie Leopold Steurer schrieb, den Wünschen Österreichs im Rahmen von Wirtschafts- und Handelsabkommen soweit als möglich entgegen[76]. Schwierigkeiten blieben aber hinsichtlich der Behandlung der Optanten bestehen, vor allem hinsichtlich der Frage, ob auch diejenigen Südtiroler die italienische Staatsbürgerschaft zurückbekommen sollten, die mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hatten. Besonders kontrovers war der Fall des ehemaligen Präfekten unter nationalsozialistischer Besatzung, Karl Tinzl, der Kanonikus Gamper nahestand und als graue Eminenz der SVP galt[77]. Auch hinsichtlich der Umsetzung des Autonomiestatus tauchten Probleme auf und De Gasperi verwahrte sich gegen Einmischungen aus Österreich[78]. Gegenüber dem britischen Außenminister Ernest Bevin meinte er am 1. Februar 1950: *Abgesehen von der unvermeidlichen*

73 Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, in: Presidenza del Consiglio dei Ministri, Ufficio regioni, L'accordo De Gasperi-Gruber sull'Alto Adige. Dalle sue premesse storico-politiche all'attuazione nell'ordinamento italiano (Roma 1958) 123–142.

74 Ebd. 145–153.

75 Scarano, Italia e mondo tedesco 27 f.

76 Leopold Steurer, Il problema dell'Alto Adige/Südtirol nei rapporti italo-austriaci (1945–1955) in: La difesa dell'italianità. L'ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945-1954), hrsg. von Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalira (Bologna 2015) 121.

77 Zu Tinzl siehe Annuska Trompedeller, Karl Tinzl (1888–1964). Eine politische Biografie (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 24, Innsbruck 2007).

78 Scarano, Italia e mondo tedesco 28.

Stabilisierungsphase und der unstillbaren Parteilichkeit einiger Separatisten […] war die Lage im Großen und Ganzen gut.[79] Die Südtiroler Volkspartei arbeitete mit der Democrazia Cristiana in der Regionalregierung zusammen und unterstützte die christdemokratischen Regierungen in Rom. Notfalls wäre die SVP auch bereit gewesen, den Sturz der Regierungskoalition in Rom zu verhindern. Nach den Wahlen 1953 kam den drei Abgeordneten und zwei Senatoren der SVP eine Schlüsselrolle zu, allerdings auch der italienischen nationalistischen Rechten um die Monarchisten und den Neo-Faschisten (MSI), die gegen die Südtiroler Autonomie waren.

Schließlich wurde die Optionsfrage in Sinne der Südtiroler gelöst. Am 20. Dezember 1952 erhielt Tinzl seine italienische Staatsbürgerschaft zurück, 1953 wurde er ins Abgeordnetenhaus gewählt. Das Erste Autonomiestatut wurde von den italienischen Behörden jedoch nicht gewissenhaft umgesetzt, vor allem nicht hinsichtlich des Einsatzes von Südtirolern in den Verwaltungsbehörden und des deutschen Sprachgebrauchs: Das Erbe des Faschismus war noch nicht ganz verschwunden. Mario Toscano, der Leiter der historischen Abteilung des Außenministeriums sowie wichtiger Berater der italienischen Regierung, nahm zwischen 1964 und 1968, seinem letzten Lebensjahr, eine bedeutende Rolle bei den Verhandlungen mit Österreich ein[80]. Er schrieb 1960 in einem Artikel in der Zeitschrift „Rivista di studi politici internazionali": *Die Umsetzung verlief von italienischer Seite mangelhaft und kurzsichtig. [...] Das alte lateinische Sprichwort qui cito dat bis dat (Zwei Mal gibt, wer schnell gibt) bestätigte sich nun mehr als je zuvor. Wertvolle Zeit ging verloren und der Konflikt verschlimmerte sich kontinuierlich, bis er fast unlösbar wurde.*[81] Die Meinung von Toscano wurde auch von anderen Italienern geteilt wie beispielsweise von einer weiteren Schlüsselfigur bei der endgültigen Übereinkunft mit Südtirol: dem christdemokratischen Abgeordneten von Bozen, Alcide Berloffa[82]. Bei den Wahlen

79 DDI, XI Serie, IV, Doc. 6, 7.

80 Zu Toscano siehe Luciano Monzali, Mario Toscano e la politica estera italiana nell'era atomica (Firenze 2011). Über seine Rolle in der Südtirolfrage: Ebd. 152–157, 162, 181–186, 204–216; außerdem in Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III, ad indicem.

81 Monzali, Mario Toscano 153; vollständiger Text in: Alto Adige, Berlino e Corte dell'Aja, (anonymer Artikel) in: Rivista di studi politici internazionali 27/2 (1960), übernommen in Mario Toscano, Corsivi di politica estera 1949–1968 per la Rivista di studi politici internazionali (Giuffrè 1981) 72.

82 Zu Berloffa siehe Alcide Berloffa, Gli anni del Pacchetto (Bolzano–Bozen 2004).

im Jahr 1958 hatte Berloffa einen Sitz gewonnen, zum Nachteil seines Parteikollegen Angelo Facchin. Dieser gehörte der konservativen und nationalistischen Seite der christdemokratischen Partei[83] an. Im Allgemeinen stimmten auch die italienischen Linken dieser Kritik zu, auch wenn sie die SVP und die DC (Democrazia Cristiana) beschuldigten, ein Abkommen geschlossen zu haben, um sich die Region auf Kosten der Bevölkerung aufzuteilen[84].

Im Gegensatz zur Meinung Rolf Steiningers gab es jedoch keine geplante Italianisierung und Zuwanderung[85]. Es gab zwar eine Migrationsbewegung, die aber geringer war als jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem in den 1960er-Jahren[86] von Süd- nach Norditalien zu verzeichnen war. Wenn man bedenkt, dass die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols zwischen 1918 und 1953 von 97 auf 66 Prozent zurückging, so ist die Beunruhigung der Südtiroler nachvollziehbar. Kanonikus Walter Gamper schrieb am 28. November 1953 in der Zeitung „Dolomiten" vom „Todesmarsch" der Südtiroler, die von der Migration der Italiener erdrückt würden[87]. Der am 15. April 1956 verstorbene Gamper beeinflusste mit seinem Prestige unbewusst die Attentäter der ersten Bombenanschläge, darunter sowohl die sieben Attentäter der kleinen Gruppe, die vom 20. September 1956 bis zum 17. Jänner 1957 von Hans Stieler angeführt wurde, als auch jene des BAS (Befreiungsausschuss Südtirol), dessen Kopf Sepp Kerschbaumer, ein strenggläubiger

83 Scarano, La Commissione 248–249, 262.

84 Zur Position der Linken Partei siehe das zeitgenössische Werk von Edio Vallini, La questione dell'Alto Adige (Firenze 1961).

85 Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 233 ff.

86 Zum dieser Frage siehe Giorgio Mezzalira, Una seconda italianizzazione forzata? L'immigrazione italiana in Alto Adige dal 1945 al 1955, in: D'Amelio, Di Michele, Mezzalira, La difesa dell'italianità 153–178; Leopold Steurer, Historische Hintergründe zur Feuernacht, in: Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht vom 1961, hrsg. von Manuel Fasser (Innsbruck 2009) 168. Beide Autoren sind sich darüber einig, dass die Migration der Italiener 20.000–25.000 Personen betraf. Der Geburtenüberschuss der deutschsprachigen Bevölkerung hat die Migration der italienischsprachigen mehr als ausgeglichen, wie Steurer festhält. Die österreichische Regierung hat das Migrationsproblem Italiens dann der italienischen Regierung in Bezug auf die Nichterfüllung des Gruber-De Gasperi-Abkommens und der daraus resultierenden Diskussionen und Konflikte vorgeworfen. Am 24. Juni 1961 ging Italiens Außenminister Segni bei einem bilateralen Treffen mit Österreichs Außenminister Bruno Kreisky in Zürich entschlossen auf dessen Anschuldigungen ein. Laut Segni sei die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe von 1951 bis 1961 um 14,49 % gewachsen und die italienischsprachige um 12,84 %. ASP 1959–1969 III, Doc. 175 425–436, Doc. 177 441–451.

87 Steininger, Südtirol zwischen Demokratie und Terror, I 156 ff.

Katholik, war. Bereits im Januar 1957 wurde Stielers Gruppe von den italienischen Streitkräften zerschlagen. Der BAS nahm eine weitaus wichtigere Rolle ein, da er beträchtliche Unterstützung und Beihilfen in Österreich erhielt und einige Hundert Mitglieder zählte.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 und der Wiederherstellung der vollen Souveränität setzte sich Österreich für die Forderungen Südtirols ein. In der SVP, deren Obmann von März 1954 bis Mai 1956 Karl Tinzl war, der dann von Toni Ebner abgelöst wurde, wurden immer mehr Stimmen laut, die das Selbstbestimmungsrecht begrüßten und sich zumindest Südtirol als autonome, von Trient abgespaltene Region wünschten. Am 4. Juli 1956 erklärte Kanzler Julius Raab im Strategieplan der Regierung, dass Italien nicht alle Vereinbarungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens umgesetzt habe und sich die italienische Regierung demnach bemühen müsse, die Vereinbarungen des Abkommens einzuhalten, um das Überleben der Südtiroler Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten[88]. Zu diesem Zeitpunkt erklärte die italienische Regierung mit Ministerpräsident Antonio Segni und Außenminister Antonio Martino ihre Bereitschaft zur Überprüfung der offenen Fragen. Am 10. Juli 1956 wurde die österreichische Regierung aufgefordert, ihren Standpunkt zu präzisieren, wobei die italienische Regierung betonte, sich immer an die Vereinbarungen des Gruber-De Gasperi-Abkommens gehalten zu haben und dass diese wenigen offenen Punkte lediglich Einzelheiten der Durchführung betreffen würden. Italien zeigte sich gewillt, die Vorschläge Österreichs mit dem Ziel einer besseren Umsetzung des Abkommens zu berücksichtigen[89].

Österreich reagierte am 8. Oktober, indem es behauptete, dass Italien hinsichtlich der Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache mehrmals gegen das Abkommen verstoßen habe. Zudem seien die Südtiroler beim Zugang zum öffentlichen Dienst nicht gleichberechtigt und Italien habe die italienische Einwanderung nach Südtirol gefördert. Wien protestierte gegen die Gründung der Region Trentino-Südtirol, da sie gegen den Artikel 2 des Abkommens verstoße. Die Existenz der Deutschsprachigen könne

---

88 Toscano, Storia diplomatica 474.

89 Außenministerium Südtirol. Dokumente, die von Außenminister Segni am 16. September 1960 dem italienischen Parlament vorgelegt wurden (Rom 1960) (Grünes Buch Italiens über Südtirol) in: Relazioni Internazionali 25/29 1271, Doc. 1.

nur durch die Gründung einer von Trient unabhängigen, autonomen Provinz Südtirol abgesichert werden[90]. Wie Mario Toscano schreibt, enthielt das Memorandum den Vorschlag zur Bildung einer gemischten Expertenkommission, welche die Proteste gegen die Umsetzung des Pariser Abkommens untersuchen und den zwei Regierungen konkrete Lösungsvorschläge liefern sollte[91].

Italien ging auf die österreichischen Forderungen nicht ein. In seiner Antwort vom 9. Februar 1957 betonte man die Bereitschaft, *in einem Klima der gegenseitigen Loyalität und des Vertrauens weitere Maßnahmen zugunsten der Südtiroler Bevölkerung* zu ergreifen. Italien war nur zu Gesprächen auf normaler diplomatischer Ebene bereit, die Bildung einer eigenen Kommission lehnte man ab[92]. Es war der Beginn eines scheinbar unlösbaren Streits zwischen den beiden Ländern.

Am 25. Mai kam die Parteiführung der SVP in die Hände eines jungen Politikers, der einen härteren politischen Kurs verfolgte: An die Stelle von Toni Ebner trat Silvius Magnago. Er hatte für Deutschland optiert und an der russischen Front sein linkes Bein verloren. Völlig verändert hatte sich auch die Führungsriege, die von 14 auf 15 Mitglieder wuchs, 13 davon waren neu gewählt. Einer der vier Vizepräsidenten war Hans Dietl. Auch er war an der russischen Front verwundet worden, ihm war ein Teil des rechten Beins amputiert worden. Er trat für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols ein und unterhielt intensive Kontakte zu den Attentätern des BAS[93]. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach standen zwischen 12 und 17 Prozent, also eine nicht zu vernachlässigende Minderheit der Südtiroler Bevölkerung, einem Volksaufstand positiv gegenüber[94].
Dennoch negierten italienische Politiker offiziell das Problem, wie auch Innenminister Fernando Tambroni bei der Eröffnungsrede der Bozener Messe am 19. September 1959 in Anwesenheit des italienischen Staatspräsiden-

90 Ebd. Doc. 3, auch in: Presidenza del Consiglio dei Ministri, L'accordo De Gasperi-Gruber 157–166.

91 Toscano, Storia diplomatica 475.

92 Ebd. 477; Text in Bernardini, L'accordo De Gasperi-Gruber 167–190.

93 Zu Dietl siehe Hans Karl Peterlini, Hans Dietl, Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern (Bozen 2007).

94 Günther Pallaver, La pacificazione dopo il terrorismo sudtirolese, in: Bernardini, Pallaver, Dialogo vince violenza 280.

ten Giovanni Gronchi. Auch Außenminister Pella bestritt am 21. September 1959 vor der UNO die Vorwürfe des österreichischen Außenministers Bruno Kreisky[95].

Tatsächlich hielten sich christdemokratische Politiker wie Segni und Scelba an das von De Gasperi vorgegebene Schema, den deutschsprachigen Minderheiten zwar Konzessionen zu gewähren, Abspaltungstendenzen aber zu unterbinden. Man hegte Bewunderung für den Antikommunismus und den starken Glauben der Südtiroler, meinte aber, dass eine autonome Region nur der erste Schritt zur Loslösung von Italien wäre. Außerdem verwehrte man sich gegen Einmischungen aus Österreich.

Als Ministerpräsidenten versprachen Scelba, Segni und Fanfani, die Forderungen der Südtiroler zu prüfen, tatsächlich wurde aber nichts unternommen, um ihnen entgegenzukommen.

Im Februar 1958 begannen in Wien auf Wunsch Fanfanis schwierige Verhandlungen mit Österreich, wobei ab 1959 Bruno Kreisky die österreichische Außenpolitik führte. Sein Ziel war es, diese Frage vor die UNO zu bringen. Die Lösung der Südtirolfrage stand im Mittelpunkt seiner Politik und sollte das Österreichbewusstsein stärken[96]. Die vollständige Autonomie Südtirols hielt er für unabdingbar, wobei er nicht davor zurückscheute, mit Südtirol-Aktivisten wie Sepp Kerschbaumer, Joseph Fontana, Georg „Jörg“ Klotz, die mittels Attentaten für die Selbstbestimmung Südtirols kämpften, in Kontakt zu treten. In seinen Memoiren schreibt Kreisky, dass er sie getroffen hätte, um sie von den Gewalttaten[97] abzubringen. Die heutige Geschichtsschreibung geht jedoch davon aus, dass er die Attentate tolerierte, um dadurch den Konflikt zu lösen[98].

---

95 Siehe Scarano, La diplomazia italiana 63.

96 Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers (Berlin 1991) 148; Peterlini, Feuernacht 65–68; Gehler, Österreichs Außenpolitik 310–311; Ders., Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Gehler, Guiotto, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa 176–188; Elisabeth Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Göttingen 2009) 210–217.

97 Kreisky, Im Strom 158.

98 Peterlini, Feuernacht 66–69; Gehler, Bruno Kreisky; Ders., „Irgendwie dramatisieren“. Südtirol als „Unruheherd“ und das „Problem Österreich“ – Kreiskys diplomatisch-politische Offensive im Jahr 1958, in: FF 44 (2008) 53; Röhrlich, Kreiskys Außenpolitik 210–217, die auch die Meinungen anderer Historiker miteinander vergleicht. Sie glaubt an die These von Kreisky. Siehe auch Christoph Franceschini, Bruno Kreisky und die Attentäter – Mythos

Im September 1960 brachte Kreisky im Rahmen der XV. Generalversammlung das Südtirol-Problem vor die UNO. Italien wurde der Nichterfüllung des Gruber-De Gasperi-Abkommens bezichtigt und Rom aufgefordert, Südtirol den Status als autonome Region zuzuerkennen. Der italienische Vorschlag, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag damit zu befassen, wurde abgelehnt. Es kam zu einem heftigen Streit zwischen Kreisky und Franz Gschnitzer, dem Tiroler Staatssekretär im Außenamt auf der einen Seite und Außenminister Antonio Segni und dem ehemaligen Außenminister und Vorsitzenden der italienischen Delegation bei der UNO, Antonio Martini, auf der anderen Seite.

Am 31. Oktober forderte die UN-Generalversammlung die Streitparteien auf, Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des Streits aufzunehmen[99].

3. Die Feuernacht als Höhepunkt der Anschläge, die Reaktion Italiens und die Neunzehnerkommission

Am Vorabend des Treffens zwischen den italienisch-österreichischen Experten in Zürich am 13. und 14. Juni und wenige Stunden nachdem Außenminister Segni im italienischen Fernsehen eine Erklärung abgab, in der er bekräftigte, dass er überzeugt war, dass man für diesen Konflikt, der sich zu verschlimmern drohte[100], eine zufriedenstellende Lösung finden könne, kam es zu 47 zugleich stattfindenden Bombenanschlägen in Südtirol, die als Feuernacht in die Geschichte eingingen. Sie fanden in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 statt, anlässlich des Herz-Jesu-Festes, eine der wichtigsten Feierlichkeiten Tirols, bei dem viele Bergfeuer entzündet werden. Der Straßenarbeiter Giovanni Postal kam durch die Explosion einer Bombe ums Leben[101]. Der BAS rund um Kerschbaumer lehnte Verhandlungen ab, ihr Ziel war ein

---

und Wirklichkeit, in: Pfeifer–Steiner, Bruno Kreisky 123–151, der die Dokumente aus dem Archiv des Politikers untersuchte.

99 Siehe Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 249 f.; Scarano, La diplomazia italiana e il difficile rapporto con Bruno Kreisky 69.

100 Für den Text des Interviews siehe Ritschel, Diplomatie um Südtirol 372–375.

101 Steininger, Südtirol zwischen, Diplomatie und Terror II 472; Ders., Die Feuernacht und was dann? Südtirol und die Bomben 1959–1969 (Bozen 2011); Peterlini, Feuernacht 342.

selbstbestimmtes Südtirol. Der BAS wurde von österreichischen Extremisten wie Aloys Oberhammer, Eduard Widmoser, Wolfgang Pfaundler und Fritz Molden mit Dynamit versorgt und finanziell unterstützt. Bei den Anschlägen wurden 2 Wasserkraftwerke, 37 Hochspannungsmasten und 8 Bahnoberleitungen vorsätzlich gesprengt. Der Schaden belief sich auf einige Milliarden Lire. Das eigentliche Ziel der Attentäter, nämlich die Energieversorgung der Bozner Industriezone lahmzulegen, wurde aber nicht erreicht. Vollkommen verfehlt wurde auch das Bestreben, die Bevölkerung für sich einzunehmen. Nach Günther Pallaver begrüßten viele Südtiroler die ersten unblutigen Attentate[102], die zunehmende Gewalt stieß aber auf Ablehnung, ebenso fürchtete man Einbußen im Tourismus. Auch die Kirche verurteilte unter der Leitung des Bischofs von Brixen, Joseph Gargitter, die Anschläge. Am 12. Juni verurteilte die SVP, allen voran ihr Chef Magnago, der gegen jegliche Gewalt war, die Angriffe offiziell. Allerdings waren einige hochrangige Parteimitglieder Komplizen der Attentäter, wie etwa Hans Dietl[103]. Empörte Mitglieder wandten sich in der Folge von der Partei ab. Der Präsident der Handelskammer Bozen, Walter von Walther, bezeichnete die SVP gegenüber dem britischen Konsul als Nazi-Partei[104] und Ebner zeigte sich enttäuscht, dass sich die Partei mit Verbrechern[105] eingelassen habe. Nur mit Mühe konnte die Abspaltung der katholischen Gruppe um die Abgeordneten Toni Ebner, Roland Riz, Otto von Guggenberg und Walter von Walther verhindert werden[106].

Nach der Feuernacht stellten sich die öffentliche Meinung sowie die internationale Presse hinter Italien, darunter auch die „Neue Zürcher Zeitung“. Viktoria Stadlmayr meinte sogar, die Attentate hätten den ersten moralischen Sieg Italiens in der Südtirolfrage seit 1918 mit sich gebracht[107]. Am 10. August 1961 musste Aloys Oberhammer sowohl von seiner Funktion als Obmann der Tiroler Volkspartei wie auch als Landesrat der Tiroler Landesre-

102 Pallaver, La pacificazione dopo il terrorismo 272, 280.

103 Peterlini, Feuernacht 174–195; Ders., Hans Dietl. Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern (Bozen 2007) 216 f.

104 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 591.

105 Scarano, Le origini della Commissione dei 19 248.

106 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 584–597.

107 ASP 1959–1969, IV 7 und Doc. 15 73–77; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 658.

gierung[108] zurücktreten. Er war einer der Hauptorganisatoren und -geldgeber für die Anschläge. Beim zweiten Mailänder Prozess 1966 wurde er deshalb zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Mit der schweren Krise infolge der Feuernacht setzte sich in erster Linie Scelba auseinander, der dabei von Amintore Fanfani und Aldo Moro, dem Sekretär der DC, unterstützt wurde. Er rückte die Bekämpfung des Terrorismus in den Mittelpunkt seiner Politik. Zugleich entschied er sich, einen Ausschuss von Italienern und wichtigen Vertretern Südtirols einzurichten, der notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Autonomie der Provinz Bozen erarbeiten sollte. Er griff seinen alten Vorschlag auf, direkte Verhandlungen zwischen Rom und den Politikern Südtirols aufzunehmen. Diesen hatte Scelba bereits mehrmals vorgebracht, jedoch wurde er stets abgelehnt[109]. Am 24. Juni 1961 kam es in Zürich erneut zu einem erfolglosen Treffen der italienischen und österreichischen Delegationen. Dabei teilte Segni seine Bereitschaft mit, der Forderung Südtirols entgegenzukommen, ohne sich dabei jener Österreichs nach einer autonomen Region zu beugen. Kreisky führte die Verhandlungen auf österreichischer Seite kompromisslos[110]. Wie Steininger schreibt, tat Italien den Attentätern jedoch nicht den Gefallen, so zu handeln, wie sie es dachten: Es ließ die Verhandlungen nicht platzen[111].

In dieser Sackgasse, in der Italien einen moralischen Vorteil hatte, nahm Scelba, mit voller Unterstützung von Fanfani und Moro, direkte Verhandlungen mit den Südtirolern auf, um ihnen entgegen zu kommen und den Einfluss Österreichs zu verringern. Scelba schlug die Einrichtung einer Kommission – auch „Neunzehnerkommission“ genannt – vor. Sie bestand aus elf Vertretern Italiens, sieben Vertretern Südtirols und einem Vertreter der Ladiner. Den Vorsitz übernahm der angesehene sozialdemokratische Jurist, Universitätsprofessor und Abgeordnete Paolo Rossi. Der Kommission gehörten die römischen Abgeordneten der SVP und Landeshauptmann Magnago, Walter von Walther, sowie politische Vertreter wie der Vorsitzende der

108 Scarano, Le origini della Commissione dei 19, 250; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 563–566.

109 Scarano, Le origini della Commissione dei 19, 238–242.

110 ASP 1959–1969, III, Doc. 174–184, 420–462; Antonio Segni, Diario 1956–1964 (Bologna 2012) 216.

111 Steininger, Feuernacht 53.

Trienter Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, an. Weitere Mitglieder waren der Südtirol-Experte im Ministerratspräsidium Alcide Berloffa, der sozialistische Trienter Abgeordnete Renato Ballardini und einige andere Fachleute. Die Kommission wurde am 13. September 1961 von Scelba einberufen und war für die Lösung der Südtirolfrage von fundamentaler Bedeutung. Mehr als zwei Jahre dauerten die Verhandlungen, 104 Maßnahmen für die Verbesserung der Autonomie Südtirols wurden erarbeitet, die unter dem Namen „Südtirol-Paket“[112] zusammengefasst wurden. Am 10. April 1964 wurde der Abschlussbericht vorgelegt. Nur der Vizepräsident, der konservative ligurische DC-Abgeordnete Roberto Lucifredi, lehnte die Ergebnisse als zu sehr an den Südtiroler Interessen orientiert ab[113]. Magnago meinte allerdings, dass einige Politiker aus Rom, unter ihnen auch Christdemokraten, die Kommission zum Scheitern bringen wollten. Es war Aldo Moro, damals Sekretär der DC, zu verdanken, dass die Arbeiten der Kommission nach einer kurzen Unterbrechung zwischen Juli und dem 18. Oktober 1962[114] wieder aufgenommen wurden.

Die endgültige Lösung des Konflikts gestaltete sich äußerst schwierig, da es immer wieder zu terroristischen Anschlägen kam, die darauf abzielten, jegliche politische Vereinbarung zu sabotieren. Nachdem im Sommer 1961 fast alle BAS-Attentäter der ersten Serie rund um Sepp Kerschbaumer verhaftet worden waren, wurden die neuen Gewalttaten nun von neonazistischen, auch österreichischen Terroristen verübt. Sie zielten ebenfalls auf italienische Ordnungskräfte ab und forderten bis 1969 rund zwanzig Todesopfer.

In den Augen der extremen Rechten Italiens war die Einsetzung der Kommission ein schwerer Fehler der italienischen Regierung gewesen. Anstatt die Chance zu nützen, die SVP nach den Anschlägen aus der Politik auszuschließen, habe die italienische Regierung unnötige Zugeständnisse gemacht. Die Südtiroler und österreichischen Verbrecher haben ihrerseits einige Jahre spä-

112 Zum Ausschuss und seinem Handeln siehe vor allem Mauro Marcantoni, Giorgio Postal, Il Pacchetto, dalla Commissione dei 19 alla seconda autonomia del Trentino-Alto Adige (Trento 2012), wo auch viele Sitzungsprotokolle veröffentlicht sind. Giorgio Postal, später Abgeordneter und Staatssekretär, war einer der wichtigsten Partner Piccolis. Siehe weiters Scarano, La commissione dei 19, 257–270; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 552–561, III 74–101, 149–158.

113 Scarano, La commissione dei 19 266, 270.

114 ASP 1959–1969, IV 121, 357.

ter, nachdem die Strafe verbüßt war, behauptet, dass es ihren Taten und vor allem der Feuernacht zu verdanken gewesen sei, dass sich die italienische Regierung zu einem Entgegenkommen entschlossen habe. Auch Magnago und Volgger bekräftigten viele Jahre später, dass sich Italien ohne die Attentate nie zur Bildung der Neunzehnerkommission[115] entschlossen hätte. Michael Gehler und Rolf Steininger sind der gegenteiligen Auffassung, die Gegensätze seien dadurch noch verschärft worden, die Anschläge hätten den Dialog sabotiert, die Autonomie war nicht im Sinne der Terroristen[116]. Schon vor der Feuernacht hatte Mario Scelba Vertretern der SVP einen Dialog angeboten, um – unter Ausschluss Österreichs – über das Autonomiestatut zu sprechen. Die SVP wollte damals nicht darauf eingehen, es wurde eine völlige Selbstbestimmung angepeilt. Für die Österreicher Franz Gschnitzer und Viktoria Stadlmayer konnte diese Eigenständigkeit nur ohne Bomben erreicht werden und auch Rolf Steininger schreibt, dass jede Möglichkeit, die Autonomie zu erreichen, weggebombt wurde[117]. Rudolf Lill meint hingegen, dass die von der Gruppe Kerschbaumers verübten Anschläge einen positiven Beitrag geleistet hätten, im Gegensatz zu den späteren neonazistischen Anschlägen, die auch Menschenleben forderten. Lill rechnete die Autonomie Magnago und seiner SVP sowie der österreichischen Regierung, vor allem Kreisky, und den italienischen Politikern Scelba, Moro und Saragat an[118].

Tatsächlich war die italienische Regierung nach der Feuernacht im Vorteil. Die SVP musste nicht nur auf die Selbstbestimmung verzichten, sondern auch auf die autonome Region Südtirol, wohingegen sich Österreich nach 1961 nicht mehr an die UNO wandte. Scelbas Plan, Österreich von den Verhandlungen auszuschließen, war nicht möglich, wenn man zu einer Konfliktlösung gelangen wollte, wie Moro und Saragat richtigerweise feststellten[119]. Die Südtirolfrage verschärfte sich weiter, als die Südtiroler die italienischen Streitkräfte beschuldigten, die inhaftierten Attentäter der Feuernacht

115 Silvius Magnago, Das Vermächtnis, Bekentnisse einer politischen Legende, hrsg. von Hans Karl Peterlini (Bozen 2007) 67 f., 71, 75; Volgger, Mit Südtirol 233 f.

116 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 559–562, 650–658; Ders., Die Feuernacht 48–68; Leopold Steurer, Südtiroler Publikationen; Michael Gehler, „... dass keine Menschenleben“, 223, 230–234, 244–248.

117 Steininger, Die Feuernacht 53–57.

118 Lill, Südtirol 305.

119 Siehe Scarano, Aldo Moro 520.

grausam zu foltern. Am 4. August 1961 dementierte das italienische Innenministerium die Anschuldigungen mit Nachdruck und bezeugte in einer Pressemitteilung, dass „diese Anschuldigungen der Misshandlung Propaganda der kriminellen Attentäter seien, die darauf abzielen, die einstimmige Verurteilung der Anschläge durch den Westen unwirksam zu machen."[120]
Die Anschuldigungen wurden gravierender, als einige Monate später, am 22. November 1961 und am 7. Januar 1962, zwei der Attentäter starben, die sich zuvor über Foltermethoden beschwert hatten. Die Autopsien ergaben jedoch keinen direkten Zusammenhang zwischen den Todesfällen und einer eventuellen Folter. Es wurden auch keine Spuren von Misshandlungen gefunden. Dieses Ergebnis wurde auch vom Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Innsbruck, Franz Joseph Holzer[121] und von Prof. Wolfgang Laves, dem Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Universität München, bestätigt, die beide bei den Autopsien anwesend waren[122].

Der Generalstaatsanwalt von Trient war mit seiner Bewertung vorsichtig, denn „auch wenn es möglicherweise zu unkorrekten Handlungen vonseiten der Polizei kam, wollte und will man die angezeigten Handlungen in ihrer Genauigkeit und Schwere absichtlich übertrieben betonen"[123].

Im August 1963 kam es in Trient schließlich zum Prozess gegen 10 der 21 Carabinieri, die von den inhaftierten Attentätern der Folter beschuldigt wurden. 8 von ihnen wurden freigesprochen. Nur zwei wurden leichter Rechtsübertretungen schuldig gesprochen, aber amnestiert. Der Freispruch führte zu großer Entrüstung und zu Protesten in Österreich, Südtirol und bei der SVP[124]. Auch beim Prozess gegen die Südtiroler Attentäter , der mit

---

120 Scarano, La Commissione dei 19 253.

121 ASP 1959–1969, IV, Doc. 27 107 f.

122 Ebd., Doc. 28 113 f; Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror II 644 ff.

123 Gianni Flamini, Brennero Connection. Alle radici del terrorismo italiano (Roma 2003) 77.

124 Für eine angemessene Beschreibung dieses schrecklichen, von Folter geprägten Ereignisses siehe Scarano, Le origini della Commissione die 19; sowie Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 120–126; Ritschel, Diplomatie um Südtirol 205–208; Peterlini, Feuernacht. Dieses Werk beinhaltet auch viele Zeugenaussagen der Attentäter, die sich als „Freiheitskämpfer" definierten. Sie haben ihre Aussagen schriftlich festgehalten, um die Opfer, die sie gebracht haben, hervorzuheben und ihre Taten zu rechtfertigen. Viele machten kein Geheimnis daraus, dass die Selbstbestimmung Südtirols ihr Ziel war, vor allem die „Südtiroler Freiheit", der Partei der Tochter von Georg Klotz. Der Österreicher Helmut Golowitsch wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er sammelte die Briefe der Gefangenen und Berichte über angebliche Misshandlungen in seinem Werk: Für die Heimat kein Opfer

94 Angeklagten, davon 87 Südtiroler, 6 Österreicher und 1 Deutscher, vom 9. Dezember 1963 bis zum 16. Juli 1964 stattfand, wurden keine harten Strafen verhängt. Die Rechtsverletzung aus Artikel 241, der mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe geahndet werden konnte, wurde nicht geltend gemacht. Lediglich 22 Südtiroler mussten nach der Verurteilung ins Gefängnis, 46 wurden freigesprochen. Die Hauptangeklagten, darunter auch die österreichischen Drahtzieher, konnten sich der italienischen Justiz entziehen. Die ihnen von den österreichischen Behörden entgegengebrachte Toleranz wurde zu einem Streitpunkt zwischen Italien und Österreich. Zu einem Freispruch kam es auch für den ehemaligen Generalsekretär der SVP, Hans Stanek, der im Juli 1961 inhaftiert worden war. Die höchsten Strafen mit einem Strafausmaß von 20 bis 25 Jahren Haft wurden in Abwesenheit verhängt, unter den Verurteilten befand sich auch der Südtiroler Luis Amplatz. Kerschbaumer wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt und starb nur ein Jahr später im Gefängnis infolge eines Herzinfarkts. Rolf Steininger schreibt, dass die Mitte-Links-Regierung Italiens, angeführt von Moro, dem Gericht vermittelte, dass sie an milden Strafen interessiert sei, um die Spannungen nicht weiter zu verschärfen[125].

Am 12. September 1964, Innenminister war Paolo Emilio Taviani, ereigneten sich in Südtirol einige schwerwiegende Vorfälle. Im Pustertal kam es zu Anschlägen und einem Feuergefecht. Am 27. August wurden vier Carabinieri verletzt, am 3. September wurde einer getötet, weitere sechs wurden zwischen 9. und 10. September verletzt, zwei davon schwer. Bei der Verfolgung der Gewalttäter starben zwei Soldaten: einer bei einem Autounfall, ein anderer wurde irrtümlich von seinen Kameraden getötet[126]. In dieser extrem angespannten Lage marschierte am 12. September 1964, wie die Zeitung „Dolomiten" berichtete, eine Gruppe italienischer Soldaten in die kleine Ortschaft Tesselberg ein, wo die Terroristengruppe „Pusterer Buben" am 10. September überrascht wurde. Sie schafften es jedoch, während eines Feuergefechts zu

---

zu Schwer. Folter – Tod – Erniedrigung: Südtirol 1961–1969 (Nürnberg 2012) aufzuzeigen. In Italien behandelten das Thema Vittorio Lojacono, Alto Adige Südtirol, Dal pangermanesimo al terrorismo (Milano 1968) 174 ff. und vor allem Flamini, Brennero Connection 71, 77 f., 84 f., mit Auszügen aus den Prozessakten. Für eine wissenschaftliche Beurteilung siehe Leopold Steurer, Südtiroler Publikationen zu den Bombenjahren zwischen kritischer Analyse, Apologie und Verharmlosung, in Politika 11 367–396.

125 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 169.

126 La Stampa (12.09.1964).

fliehen. Die Soldaten schossen in die Luft und setzten einige Scheunen in Brand. Eine Taubstumme wurde verletzt und die Bewohner aus ihren Häusern verjagt, sie mussten anschließend in einem eiskalten Bach, mit Waffen bedroht, einen halben Tag lang ausharren. Gegen 25 Personen wurden Ermittlungen eröffnet[127]. Die Carabinieri dementierten die ihrer Meinung nach übertriebene Berichterstattung in den „Dolomiten", und auch „La Stampa", die am 16. September einen Journalisten nach Tesselberg schickte, meinte, dass die Vorwürfe der Misshandlung durch die Carabinieri frei erfunden seien[128]. Tatsächlich scheinen die Berichte aber den Tatsachen zu entsprechen. Viele Jahre später, am 26. Juli 1991, gab der Carabinierigeneral Giancarlo Giudici, der 1964 als Oberstleutnant das Kommando über jene Truppen hatten, die im Ahrntal die Terroristen verfolgten, zu, dass sein direkter Vorgesetzter, Oberstleutnant Francesco Marasco, ihm befohlen habe, 15 Einwohner von Tesselberg an Ort und Stelle zu erschießen und die Ortschaft in Brand zu setzen. Nur aufgrund seiner Befehlsverweigerung wurde dieses Massaker verhindert[129]. Dass es diesen brutalen Plan gab, wurde auch vom kommunistischen Senator Lionello Bertoldi sowie von Senator Marco Boato – welcher der Democrazia Proletaria angehörte und später zu den Radikalen und dann den Grünen wechselte – bestätigt. Die beiden Senatoren legten am 14. und 15. April 1991 dem Untersuchungsausschuss zum Terrorismus zwei Berichte über Terroranschläge in Südtirol vor[130]. Die italienische Regierung, vertreten durch den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Clemente Mastella, bestritt zwar illegale Operationen[131], offenbar hatte jedoch der italienische Geheimdienst einen Informanten, Christian Kerbler, in den Kreis von Luis Amplatz und Georg Klotz einschleusen können, der am 7. September 1964 im

127 Peterlini, Feuernacht 365–376.

128 La Stampa (17. September 1964).

129 Repubblica (27. Juli 1991), siehe http://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/1991/07/27/il-colonnello-ordino-fucila-15-uomini.html

130 Berichte über durchgeführte Ermittlungen über Terrorismus in Südtirol, die von den Senatoren Boato und Bertoldi im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Terrorismus in Italien und zur erfolglosen Aufklärung der Verantwortlichen der Anschläge eingereicht wurden (Rom 1992), siehe https://www.senato.it/service/PDF/PDFServer/BGT/909972.pdf

131 Ebd. 40 f.

staatlichen Auftrag Amplatz ermordete und Klotz verletzte. Er wurde verhaftet, wenig später verhalf man ihm aber zur Flucht[132].

4. Aldo Moro und die Lösung der Südtirolfrage

Aldo Moros Kompromissbereitschaft – er war von 1959 bis 1964 Parteivorsitzender der Democrazia Cristiana – war entscheidend. Von Dezember 1963 bis Juli 1968 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten der ersten Mitte-Links Regierung unter Einschluss der Sozialisten, anschließend war er Außenminister. Mithilfe seines Bozener Parteikollegen und Freundes Alcide Berloffa stand er mit Silvius Magnago in Verbindung. Moro war entschlossen, das Problem zu lösen. Er hatte schon bei der Ausarbeitung der republikanischen Verfassung eine wichtige Rolle gespielt und Pietro Pastorelli meint, dass Moro den Konflikt nicht nur aus innenpolitischen und moralischen Gründen lösen wollte, sondern dass dies Teil seiner außenpolitischen Strategie zur Überwindung des Kalten Krieges war. Moro wollte einen Block von Staaten guten Willens gründen, der die neutralen Staaten Österreich und Jugoslawien, Italien und Ungarn oder auch Polen umfassen sollte[133].

Am 14. Dezember 1963, am Tag nach dem Amtsantritt der Regierung Moro, kam es in Paris zum ersten Treffen zwischen dem neuen italienischen Außenminister Giuseppe Saragat und seinem österreichischen Amtskollegen Bruno Kreisky. Wie Moro war auch Saragat von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugt. Er pflegte ein freundschaftliches Verhältnis zur deutschsprachigen Welt, vor allem zu Österreich[134]. Der Vorsitzende der italienischen sozialdemokratischen Partei war, wie Kreisky, ein überzeugter Antikommunist. Moro und Saragat brachten dem österreichischen Außenminister großes Vertrauen entgegen und glaubten ihm, dass sich die Zentrale der Südtiroler Terroristen in München und nicht in Österreich befand[135]. Saragat erinnerte

---

132 Ebd. 34, 46–49,72 ff., 110; Peterlini, Feuernacht 320 f., 355–358.

133 Pietro Pastorelli, L'Italia e la Grande Distensione (1968–1975), in: La politica estera italiana negli anni della Grande Distensione (1968–1975), hrsg. von Pia G. Celozzi Baldelli (Roma 2009) 37; Scarano, Aldo Moro 515 f.

134 Ebd. 518.

135 Pier Luigi Ballini, Antonio Varsori, L'Italia e l'Europa 1947–1979 (Roma–Soveria Mannelli 2004) 174, 640 f.

sich an seine Jahre im Exil in Wien, wo auch seine Tochter zur Welt kam. Er war gegen die Neunzehnerkommission, die Österreich die Möglichkeit für weiterreichende Forderungen einräume[136]. Moro teilte diese Meinung nicht, er zielte auf einen möglichst breiten Konsens. An den Sitzungen zur Südtirol-Thematik konnten interessierte Minister teilnehmen, wie Giulio Andreotti (Verteidigungsminister, dann Minister für Industrie), Roberto Tremelloni (Finanz-, dann Verteidigungsminister), Paolo Emilio Taviani (Innenminister), Luigi Gui (Bildungsminister), Oronzo Reale (Justizminister) und Pietro Nenni (stellvertretender Ministerpräsident). Als Experten wohnten diesen Treffen für gewöhnlich auch die Diplomaten Roberto Gaja, Gianfranco Pompei und Mario Toscano bei. Die Widerstände gegen einen Kompromiss in der Südtirolfrage waren in Italien sehr stark. Man befürchtete Racheaktionen der SVP gegen die italienische Minderheit in Südtirol, was auch in der italienischen Bozener Tageszeitung „Alto Adige", welche die Regierung Moro der Schwäche beschuldigte, thematisiert wurde. Die extremen Rechten der MSI und die Unione Monarchica Italiana (UMI) beschuldigten den Ministerpräsidenten, Südtirol unter seinem Wert verkauft zu haben und bezeichneten dies als Verrat an den 700.000 gefallenen italienischen Soldaten des Ersten Weltkrieges. Moro erhielt sogar Drohbriefe. Auch wichtige christdemokratische Politiker wie Innenminister Taviani, Außenminister Amintore Fanfani (1965 bis 1968) und der ehemalige Innenminister Scelba hatten Bedenken und wollten Österreich von den Verhandlungen ausschließen. Auch Präsident Antonio Segni betonte am 23. Mai 1964 seine verfassungsrechtlichen Bedenken und seine Zweifel an der Strategie von Saragat und Moro[137]. Segni hatte sich diesbezüglich bereits 1961 wie Taviani und Attilio Piccioni geäußert, auch der Mitte-Links Regierung stand er negativ gegenüber. Am 25. Mai 1964 kam es in Genf zu einer weiteren Zusammenkunft der beiden Außenminister. Es wurde beschlossen, in jedem Land Expertenausschüsse einzusetzen, die sich zu gemeinsamen geheimen Sitzungen treffen und die Beschlüsse der Neunzehnerkommission überprüfen sollten. Von italienischer Seite sollten vor allem die Bedingungen kontrolliert werden, an die sich Wien bei einer Streitbeilegungserklärung[138] zu halten hatte. Davon

136 Scarano, Aldo Moro 518.

137 Ebd. 519.

138 Toscano, Storia diplomatica 649 ff.

erhoffte man sich den Abschluss einer endgültigen Übereinkunft, die den Außenministern vorgelegt werden sollte[139]. Bis Jahresende kam es zu fünf Treffen der Expertenausschüsse und zu weiteren zwei Außenministertreffen. Am 16. Dezember 1964, nach einem geheimen Treffen zwischen Saragat und Kreisky in Paris, war man scheinbar endlich zu einer Einigung gelangt: Österreich akzeptierte das Südtirol-Paket, welches von der Kommission vorgesehen wurde und das die von der SVP geforderten Anpassungen nicht berücksichtigte. Italien akzeptierte, wie von Österreich gefordert, einen internationalen Schiedsgerichtshof für die Begutachtung der Umsetzung des Maßnahmenpakets. Dieser musste fünf Mitglieder umfassen: je eine Person aus Österreich und Italien und zwei andere Personen aus einem anderen Land. Von Österreich und Italien wurde je eine dieser Personen ausgewählt. Der Vorsitzende wurde dann gemeinsam beschlossen.

Allerdings lehnten die Vertreter aus Nord- und Südtirol das Paket ab, da für sie die Maßnahmen nicht zufriedenstellend waren. Die Ablehnung der SVP verärgerte Kreisky zutiefst und hatte zur Folge, dass er sein Vertrauen in die Partei verlor. Daraufhin gründete er die sozialdemokratische Partei mit dem Namen „Soziale Fortschrittspartei Südtirol" unter der Leitung des Bozner Arztes Egmont Jenny, der jedoch keine bedeutenden Erfolge erzielte[140].

Als Saragat am 28. Dezember 1964 zum italienischen Präsidenten gewählt wurde, nahm Moro die Verhandlungen zur Lösung der Südtirolfrage in die Hand. Es fanden zahlreiche Treffen mit Magnago statt, aber auch mit dem Bundesparteiobmann der ÖVP, Josef Klaus, ab 2. April 1964 österreichischer Bundeskanzler. Am 7. Dezember 1965 empfing Saragat Klaus und Kreisky am Quirinal. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte Moro seinen Willen, zu einer freundschaftlichen Vereinbarung gelangen zu wollen, die auf den gemeinsamen Werten der beiden Länder beruhte.

Es sollte noch weitere vier Jahre dauern, bis man zu einer Lösung fand. Diese Zeit war von Anschlägen und vom Widerstand Moros gegen die Forderungen der Linken, die mit der Sowjetunion sympathisierten[141] und vor einem deutschen Revanchismus warnten, geprägt. Tatsächlich kam auch aus Deutschland Unterstützung für die Terroristen, die Regierung in Bonn unter Ade-

139 Monzali, Mario Toscano 183.

140 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror III 442–467.

141 Scarano, Aldo Moro 525 f.; Ders., Italia e mondo tedesco 69–75.

nauer hielt sich jedoch aus der Angelegenheit heraus[142]. Nach dem 25. Juni 1967, als beim Attentat auf der Porzescharte vier italienische Carabinieri ums Leben kamen, legte Außenminister Fanfani ein Veto gegen den Beitritt Österreichs zur EWG ein, den die Volkspartei unter Kanzler Klaus und Außenminister Lujo Tončić -Sorinj anstrebten. Die Beziehungen zwischen Italien und Österreich waren an ihrem Tiefpunkt angelangt.

Erst nach dem Ende der Anschläge, zwei Jahre später, akzeptierte Italien die von Magnago vorgebrachten Verbesserungsvorschläge für das „Maßnahmenpaket" mit rund 137 Richtlinien. Bei Streitfällen hinsichtlich der Durchführung des Pakets konnte man sich an den internationalen Gerichtshof wenden. Österreich sollte seine Klage bei der UNO zurückziehen und nach Umsetzung aller Punkte des Südtirol-Pakets eine Streitbeilegungserklärung abgeben[143]. Es war dies die Lösung, die Moro schon nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Saragat und Kreisky im Dezember 1965 angestrebt hatte: Mehr Konzessionen für Südtirol durch die Paketlösung, die durch eine internationale Garantie abgesichert wurden, nicht aber durch Verpflichtungen, die über das Gruber-De Gasperi-Abkommen hinausgingen. Am Ende stand das Autonomiestatut für Südtirol.

Am 22. und 23. November 1969 wurde das Abkommen von der SVP ratifiziert. Bis zuletzt gab es Widerstände radikaler Kräfte innerhalb der Partei. Die Befürworter des Abkommens, angeführt von Magnago, erhielten nur 52,8 Prozent der Stimmen, 44,6 Prozent stimmten dagegen und 2,1 Prozent enthielten sich. Am 30. November 1969 trafen sich die Außenminister Moro und Waldheim, nachdem letzte rechtliche Bedenken ausgeräumt waren, in Kopenhagen. Österreich bekräftigte seinen Kampf gegen den Terrorismus und Italien zog das Veto gegen den EWG-Beitritt Österreichs zurück. Moro sprach von einer neuen Ära der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.
Am 15. Dezember 1969 nahm der Nationalrat in Wien das Abkommen mit den Stimmen der ÖVP an, die sozialistische und die freiheitliche Partei stimmten dagegen, weil sie die internationale Garantie als unzureichend ansahen.

Das Zweite Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol wurde vom italienischen Parlament am 23. Januar 1971 in erster Lesung ratifiziert

142 Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 797–866; II 674–760; III 633–694.

143 Monzali, Mario Toscano 210.

und am 10. November 1971 als Verfassungsgesetz in Kraft gesetzt. Zur Besiegelung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern besuchte vom 15. bis 17. November 1971 mit Bundespräsident Franz Jonas erstmals seit Gründung Italiens ein österreichisches Staatsoberhaupt die italienische Hauptstadt[144]. Widerstände gab es allerdings auch weiterhin, vor allem vom MSI, aber auch von Hans Dietl, was mit dessen Parteiausschluss endete[145].

Die turbulente Geschichte Südtirols nach 1919, die von Unterdrückung, Gewalt und Unverständnis geprägt war, scheint damit auf einem besseren Weg zu sein – einem Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Italien, Österreich und Südtirol.

Am 11. Juni 1992 gab Österreich die Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen ab. Rolf Steininger betont im Vorwort seines Buches „Südtirol im Zwanzigsten Jahrhundert" den Modellcharakter der Autonomie Südtirols für andere internationale Konflikte – eine Lösung, die dem Land auch großen materiellen Wohlstand gebracht habe[146].

---

144 Josef Berghold, Vicini lontani. I rapporti tra Italia e Austria nel secondo dopoguerra (Trento 2003) 115–119.

145 Scarano, Le origini della Commissione dei 19 269 f.; Peterlini, Hans Dietl 330–334.

146 Steininger, Südtirol im Zwanzigsten Jahrhundert 9 sowie Ders., Südtirol zwischen Diplomatie und Terror I 12.